

SOUVERÄN



Bekommt die Politik
die Probleme in den Griff?

Welt im Chaos?

- Migration
- Sozialausgaben
- Digitalisierung
- Innere und äußere Sicherheit

Überzeugt. Von Anfang an.



Der T-Roc.

Manche können andere im Bruchteil von Sekunden für sich gewinnen. So wie der T-Roc. Mit seinem Coupé-Charakter und der unverwechselbaren Front hinterlässt er einen fulminanten ersten Eindruck – und bleibt dank auffälliger Details auch nach genauerem Hinsehen im Kopf.

Wir bringen die Zukunft in Serie.



Volkswagen

Abbildung zeigt Sonderausstattungen gegen Mehrpreis. Stand 08/2018.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstr. 8
10785 Berlin
Tel. 030 / 220 70 - 4 45
Fax 030 / 220 70 - 4 49
E-Mail seniorenunion@cdu.de
www.senioren-union.de

Verlag:
Weiss-Verlag GmbH & Co. KG
Hans-Georg-Weiss-Straße 7
52156 Monschau
Geschäftsführer: Martina Schmitz
Verlagsleiter: Alexander Lenders
Tel. 02472 - 9 82 118
Fax 02472 - 9 82 77 114
alenders@weiss-verlag.de

Anzeigen und Beilagenkontakt:
Verlagsrepräsentanten
Wolfgang Braun
Braun Medien GmbH
Riedelstraße 14
42349 Wuppertal
Tel. 0202 - 3 17 86 93
Fax 0202 - 3 17 86 95
kbmedien.braun@t-online.de

Auflage:
70000 Exemplare über
personalisierten Posteinzel-
vertrieb an Senioren-Union-
Mitglieder und an CDU-
Funktions- und -Mandatsträger

Leserzuschriften an:
Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Redaktion Souverän
Konrad-Adenauer-Haus
(Adresse s.o.)

Herstellung:
Weiss-Druck GmbH & Co. KG
Hans-Georg-Weiss-Straße 7
52156 Monschau
Layout: Ute Meurer

Redaktion:
Chefredakteur: Andreas Oberholz
(V.i.S.d.P.)
Eschenstraße 17
83233 Bernau/Chiemsee
Telefon 08051-6401271
pressebuero_oberholz@t-online.de

Weitere Autoren dieser Ausgabe:
Holger Alisch, Rolf Berend, Dr. Wol-
fgang Bok, Dr. Aljoscha Burchard,
Alexander Fritsch, Dr. Stephan
Harbarth, Luca Miehe, Dr. Melanie
Müller, Kai Wegner, Susanne R.
Wellmann, Ulrich Winz, Prof. Dr. Otto
Wulff, Prof. Barbara Zehnpfennig

Bildnachweis:
Adobe Stock/fotolia, 123rf, Husum-
Verlag, Jan Peter Luther, Roland
Rochlitzer, Universität Freiburg, SU
Schleswig-Holstein
Titelfoto: Adobe Stock/fotolia

Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben nicht unbedingt die
Meinung des Herausgebers wieder.



6 Wer arbeitet, der schafft ...
Was passiert mit uns und unserer Arbeitswelt
in Zeiten der Digitalisierung?

8 Schluss mit Mogelpackungen
Vier Fragen an den bekannten Ex-ZDF-Moderator
Peter Hahne.

10 Migrationsprofiteure?
Eine neue Studie der Stiftung Wissenschaft und
Politik (SWP) untersucht die Rolle afrikanischer Staaten
bei der Bekämpfung von Fluchtursachen vor Ort.

13 Gemischte Gefühle
Eine Studie von Sozialwissenschaftlern der
Ruhruniversität Bochum untersuchte detailliert die
Gefühlslage der Deutschen in Sachen Zuwanderung.

14 Frontex – Chancen und Herausforderungen
Die Organisation Frontex soll die europäischen Außen-
grenzen schützen? Welche Möglichkeiten hat sie, und
welche Rolle spielt die deutsche Bundespolizei?

18 Eine Welt im Chaos?
Die Welt scheint derzeit völlig aus den Fugen. Doch
ein Blick in die Geschichte zeigt: Unordnung und
Unsicherheit sind leider der Normalfall, ein
realistischer Optimismus scheint daher angebracht.

21 Zurück zu Marx?
Zum 200. Geburtstag von Karl Marx wurde viel
geschrieben und debattiert. Prof. Barbara Zehnpfennig
beleuchtet die Hintergründe einer tödlichen Ideologie.

24 Frontalangriff auf den deutschen Wohlstand?
Ob Handelskrieg mit den USA oder Umgang mit
Autokraten – Politik und Wirtschaft werden derzeit
von mehreren Seiten in die Zange genommen.
Muss Deutschland realistischer werden?

26 Mehr Sozialausgaben = weniger Armut?
Der deutsche Sozialstaat wächst unaufhörlich, die
Meldungen über erhöhte Bedürftigkeit und Armut
reißen aber nicht ab. Ein Interview mit Prof. Dr. Bernd
Raffelhüschen.

30 Die neue Macht der Älteren?
Entspricht der Einfluss älterer Menschen auf die Politik ih-
rem Anteil an der Bevölkerung? Eine Analyse von Rolf Be-
rend, dem Vorsitzenden der Senioren-Union in Thüringen.

32 Erfolge im Kampf gegen Wohnungseinbrüche
Die Union will die Instrumente der Ermittler noch
weiter verbessern. Von Dr. Stephan Harbarth, stellv.
dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

33 Selbstbestimmt und sicher
Kai Wegner, baupolitischer Sprecher der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion, beschreibt die aktuellen
Fördermöglichkeiten für verbesserten Einbruchschutz
und Barrierereduzierung.



34 Aus der Senioren-Union

36 Leserbrief

**37 Nachrichten aus
der Europäischen
Senioren-Union (ESU)**

**38 Rechtsfragen für Senioren
und Seniorinnen (Serie)**

39 Buchtipps

*Ich bin nicht der Mann, der Sie hören
wird, sondern der Mann, der Sie hören
lässt.*

„Volkspartei ohne Volk“, so wird häufig der angeblich unaufhaltsame Zerfallsprozess jener Parteien angekündigt, die bislang im Wesentlichen die Stabilität unseres demokratisch verfassten Staates garantierten. Mit denen soll es nun nach Ansicht mancher prophetisch agierender Auguren bald vorbei sein. Der seit Jahren andauernde Rückgang der Mitgliederzahlen und eine stetig wachsende Parteienverdrossenheit lasse keine andere Prognose zu. Solche allgemein platzierten Aussagen bedeuten nun aber nicht, dass sie letztlich zutreffen. Doch mit allgemein beruhigenden Erklärungen lassen sich die nicht zu leugnenden Probleme der Volksparteien kaum lösen. Was ist zu tun?

Zunächst muss die Union in Sachdebatten jene aufmunternde und motivierende Geschlossenheit zurückzugewinnen, die als Bindemittel in unserer Partei unverzichtbar ist. Stärker als bisher ist wieder das Interesse zu wecken für mehr Debatten vor Ort, wo wir uns stellen und unsere Argumente begründen, und die Bürger uns anmerken, dass wir ihre Meinung erfahren wollen. Talkshows mit Serienauftritten immer derselben Personen sind kein Ersatz für das persönliche Gespräch, sie langweilen und bringen nichts Neues. Die Union darf auch nicht mit ihren bewährten und gewachsenen Traditionen brechen und sich je nach Beliebtheit einem modischen Zeitgeist andienen. Ebenso wenig darf sie, wie schon Konrad Adenauer sagte, sich zu einer Sammelpartei unterschiedlicher Interessengruppen entwickeln. Sie ist unbestritten die erfolgreichste Volkspartei der europäischen Nachkriegsgeschichte, die von der Idee einer Politik des christlichen Verständnisses vom Menschen und vom Primat der Freiheit und der persönlichen Verantwortung geprägt ist. Und dabei muss es bleiben! Natürlich brauchen wir immer wieder Veränderungen in unserer Gesellschaft, auch bittere, das bestreitet doch niemand. Nur dürfen sie nicht voraussehbar in einem Scherbenhaufen enden.

Kürzlich las ich eine Passage des Herrn Geheimrats, in der er schrieb:

„Bin ich denn darum achtzig Jahre alt geworden, dass ich immer dasselbe denken soll? Ich strebe vielmehr, täglich etwas anderes, Neues zu denken, um nicht langweilig zu werden. Man muss sich immerfort verändern, erneuern, verjüngen, um nicht zu verstocken.“

Dem großen Goethe sind gerade im Alter nicht nur überragende intellektuelle Erkenntnisse zugestehen, sondern weit mehr, sehr viel mehr. Der große Senior spricht aus großer Erfahrung und wird von Kant bestätigt, wonach „alles Wissen aus Erfahrung stammt“. Menschen genießen höhere Anerkennung, gewinnen mehr Vertrauen, die nicht nur von Kenntnissen, sondern von Erfahrung reden. Erfahrung ist nun mal unwidersprochen ein Merkmal der Älteren. An dieser Binsenweisheit beißt die Maus keinen Faden ab. Alter hat sich in der Tat aber auch verändert, und zwar in einer Weise, die sich viele Jüngere und bislang von Falten verschonte Kommentatoren nicht vorstellen können und wahrhaben wollen. Ruhestand ist für viele kein abschließendes Lebensziel mehr, unzeitgemäße Erhabenheit ebenso wenig. Im Gegenteil, Ältere wollen im Leben noch riskieren, fordern und mittendrin stehen. Jede Zeit ist auch ihre Zeit. Sie alle machen und machen ihre unterschiedlichen Erfahrungen, im Guten wie im Bösen. Vor solchem Hintergrund sollten sich alle Freundinnen und Freunde der Senioren-Union hörbarer als bisher in der Volkspartei CDU zu Wort melden. Es steht eine Menge auf dem Spiel, was sie selbst mitgeschaffen haben.

In der Frühzeit der Union, der gewiss nicht einfachen Nachkriegszeit und der arbeitsreichen Phase des Wiederaufbaus, waren die Menschen, insbesondere die Anhänger der CDU, trotz erlittener Schicksalsschläge und unendlich vieler Schwierigkeiten optimistischer als heute. Wie anders hätten sie auch Erfolg haben können, mit Pessimismus sicherlich nicht. Und Vertrauen gehörte dazu, zur Politik und vor allen zu sich selbst. Die Mitglieder und Wähler der CDU, wer wüsste das besser als die Seniorinnen und Senioren, gehörten

zu jener Spezies, die Ängste als Ratgeber nicht besonders schätze. Sie einte vielmehr Mut, Beharrlichkeit, Vertrauen in die eigene Leistung und eben jener lebensbejahende Optimismus. Eine Rückschau lohnt sich. In der Debatte über die Soziale Marktwirtschaft war anfangs die Meinung in der Bevölkerung geteilt, eher negativ. Die CDU kämpfte, und zwar geschlossen. Sie machte Eindruck, sie gewann. Ihre Soziale Marktwirtschaft wurde zur vorbildlichsten Wirtschaftsordnung in der freien Welt. Bei der Einbindung unseres Landes in die westliche Demokratie- und Wertegemeinschaft ging es um die Grundsatfrage freiheitliche Bundesrepublik oder Diktatur des Kommunismus. Die Union bestand die Prüfung mit Bravour, der Weg nach Europa wurde geöffnet, die Versöhnung mit unseren Nachbarn begann. Als die „Ohnemich-Bewegung“ später große Teile der Bevölkerung gegen die Bundeswehr und die Eingliederung unseres Landes in die NATO mobilisierte, verharrte die Union keineswegs in zaghafter Position. Es war ein Triumph für ihre Politik, als alle Völker in Mittel- und Osteuropa, die sich unter dem Kommunismus angeblich von der in der NATO integrierten Bundesrepublik bedroht fühlten, im Augenblick ihrer wiedergewonnenen Freiheit, die Mitgliedschaft in der NATO suchten. Und schließlich der Raketenbeschluss. Abermals Millionen auf den Beinen, die gegen die Politik der CDU demonstrierten, nicht zu vergessen die selbsternannten „Friedenswachen“, die tagelang vor den Privatwohnungen der CDU-Abgeordneten deren kriegslüsterne Gesinnung anprangerten. Die Union blieb ihrer Haltung treu, sie stand ungebrochen für Frieden und Freiheit und hatte Erfolg! Alle Älteren wissen noch genau, wie die Union, als es darauf ankam, überall im Land, in jedem Ort, ob groß oder klein, in Tausenden von Veranstaltungen das Gespräch mit den Bürgern suchte, keine Gelegenheit ausließ, auf Marktplätzen und auf den Straßen mutig und mit Überzeugungskraft und in beeindruckender Geschlossenheit wie die Hunderttausend ihrer Freunde einst auch im Hofgarten in

Bonn die Menschen davon überzeugten, dass die Freiheit auf dem Spiel stand und nur im Verbund mit den Demokratien des Westens erfolgreich verteidigt werden konnte. An all' das sollte man denken, wenn heute über das Ende der Volkspartei gefaselt wird.

Dem Wähler muss vielmehr vor Augen geführt werden, wohin in unserer Geschichte eine Vielzahl unterschiedlicher Parteien im Parlament geführt hat, wo im Postengeschacher und in faulsten Kompromissen die Politik fürs Gemeinwohl zum Deiwel ging und unser geliebtes Vaterland schließlich von Populisten und Nationalisten aus der linken und rechten Ecke ins Chaos gestürzt wurde.

Jetzt ist die Stunde der Union, der ausgewiesenen Europapartei, die die Freiheit und den Frieden gewahrt und Wohlstand geschaffen hat. Sie muss Flagge zeigen, sie vor allem, wer denn sonst? Wir brauchen eine CDU, die sich in der Vielzahl ihrer Mitglieder aus den unterschiedlichsten Schichten dem Wähler stellt, wie das in den Zeiten war, als die Senioren-Union von heute die Stellung der Jungen einnahm und die CDU vielen Wählern eine Heimat für Verlässlichkeit und Vertrauen bot. Man fand sich in Gemeinschaften zusammen, begründete neue und erneuerte alte Freundschaften, in denen sich auch Gäste wohlfühlen und Bereitschaft erkennen ließen, Mitglied unserer Partei zu werden. Deshalb sollten ersprießliche Treffen in Zukunft nicht dadurch auffallen, dass die Akteure bereits zu Anfang ihr Handy in den Mittelpunkt des Geschehens stellen und statt den Gästen zuzuhören, diesen alsbald klarmachen, dass sie selbstverständlich nur sehr wenig Zeit hätten und zu noch wichtigeren Terminen eilen müssten. Wenn dann für die bei Sturm und Regen aufopferungsvoll tätigen Wahlhelfer nur noch ein leichter Wink aus der Ferne mit sauer-süßer Schmunzelmiene zum Abschied übrigbleibt, entsteht Verdruss, auch bei den Gästen, die einen weiteren Termin in CDU-Runde im Notizblock streichen, möglicherweise auch den nächsten Gang zur Wahlurne, von einer Mitgliedschaft in der Partei ganz zu schweigen.

Unterlassen sollte man auch ein Verhalten, wonach nicht selten „obere Chargen“ ihr Kommunikationsbedürfnis auf vier bis fünf bekannte „Netzwerker“ an einem Tisch beschränken. Ist das „Werk“ abgearbeitet, dann war's das mit der Gesprächsbereitschaft. Von weitem, wenn überhaupt, verabschiedete man sich durch Kopfnicken, aus den Augen aus dem Sinn. Das staunende Parteivolk hat die Nase voll, und zwar gestrichen. Volkspartei muss in der Partei selbst wieder empfunden werden, sonst wird's schwierig! Wer sich in solchen Augenblicken daran erinnert, wie früher Politiker das persönliche Gespräch suchten, sich zugänglich und verbunden zeigten, interessiert waren an der Arbeit anderer und damit auch Interesse für die eigene Politik weckten, der weiß, wo etwas geändert werden muss. Wie erfolgreich waren Begegnungen in Vereinen, Initiativen und allen möglichen gesellschaftlichen Gruppen und wie erfolgreich die eigenen Versammlungen. Mit Verklärung hat das überhaupt nichts zu tun. Niemand soll behaupten, Versammlungen vor Ort bringen nichts mehr. Wer solches sagt, macht keine! In jedem Lokalteil einer Zeitung, einem der wichtigsten Informationsquellen für Politiker, kann man nachlesen, dass die Menschen immer zahlreich zu den unterschiedlichsten Vorträgen erscheinen, sie müssen nur interessant sein, na also!

Die Union wird die Herausforderungen, die an sie als Volkspartei von heute gestellt werden erfüllen, wenn sie ein neues „Wir-Gefühl“ erzeugt, das durch Überzeugung, Geschlossenheit und Mut auffällt und nicht durch eitle Selbstdarstellung und überzogenen Eigensinn. Senioren-Union und Junge Union sind zwei ihrer markantesten Eckpfeiler. In dieser Statik liegt eine enorme Stabilität. Wie wäre es mit einer neuen Phalanx in der Offensive der Union! Die Jüngeren wollen und sollen ihre eigenen Wege gehen. Doch in einer Volkspartei, so lehrt die Erfahrung, sollten hier und dort immer noch mal Wegweiser zu sehen sein, die „erfahrungsgemäß“ die richtige Richtung anzeigen.



Dr. Otto Wulff

Prof. Dr. Otto Wulff
Bundesvorsitzender
der Senioren-Union
der CDU Deutschlands

WER ARBEITET, DER *schafft*

Wer sich heute mit Digitalisierung beschäftigt, kommt am Thema Künstliche Intelligenz (KI) nicht mehr vorbei. Das ist insofern bemerkenswert, als es diese Disziplin bereits seit Mitte der 1950er Jahre gibt und bisher kaum Notiz von ihr genommen wurde. Wenn man den lautesten Rufern Glauben schenken möchte, dann steht die Menschheit nun vor einschneidenden Veränderungen, die ihresgleichen in der Geschichte suchen.

Wenn wir uns in der westlichen Gesellschaft über etwas definieren, dann ist es unsere Erwerbsarbeit. Im Süddeutschen spricht man von „schaffen“. Wer arbeitet, der schafft. Was passiert mit uns und unserer Arbeitswelt in Zeiten der Digitalisierung? Dieser Frage will ich im Folgenden schlaglichtartig nachgehen.

Vier Fragen vorab

Geht es um das große Ganze, haben sich die sogenannten Kantischen Fragen des Königsberger Philosophen bewährt: Was kann ich wissen? Was soll ich tun? Was darf ich hoffen? Was ist der Mensch? Diese Fragen umfassen die Grenzen der Erkenntnis, die Ethik, die Religion und letztendlich die Frage nach dem Sein. Weiter unten werde ich auf die drei ersten Fragen in Bezug auf KI zu sprechen kommen.

Vorhersagen und Veränderungen

Wir Forscher im Bereich der KI bekommen häufig die Frage gestellt, wie die Digitalisierung das Arbeitsleben verändern wird. Ich frage mich dann manchmal, was etwa Gottlieb Daimler Ende des 19. Jahrhunderts wohl auf die Frage geantwortet hätte, wie das Automobil die Arbeitswelt verändern wird. Vielleicht hätte er geantwortet, dass man das Netz der Apothe-

ken verdichten sollte, um erst einmal genug Treibstoff bereithalten zu können. Dass es in Deutschland einmal mehr Autos als Männer geben wird, hätte er wohl genauso wenig vorhergesehen wie die Tatsache, dass der überwiegende Teil der Erwerbstätigen mit dem Auto lediglich zur Arbeit fahren wird, wo es dann den ganzen Tag herumsteht. Aber das ist ein anderes Thema.

Seit der Industrialisierung hat sich das Arbeitsleben der vorher weitgehend in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung mehrfach erheblich gewandelt. Arbeitszeiten und Produktionsweisen haben sich geändert. Berufe und ganze Berufsfelder sind innerhalb kurzer Zeitspannen gekommen und gegangen. Auch die Nicht-Erwerbsarbeit hat sich dramatisch gewandelt. Meine Großmutter erzählte mir manchmal vom Alltag ihrer Mutter, einer Hausfrau in den 1920er Jahren. Diese musste im Winter Kohlen schleppen, im Sommer jeden Tag Milch und Käse einkaufen, da es ja keinen Kühlschrank gab, und abends eine „Molle Bier“ aus der Kneipe an der Ecke holen. Washtag war im wahrsten Sinne des Wortes ein ganzer Tag, wenn die Wäsche auch noch zur Mangel gebracht werden musste. Durch das Aufkommen der entsprechenden Haustechnik und Haushaltsgeräte hat sich der Fulltime-Job „Hausfrau“, also die bei uns lange als normal angesehene Betätigung etwa der Hälfte der Bevölkerung, innerhalb weniger Jahrzehnte dergestalt gewandelt, dass er von zwei Berufstätigen nun nebenher miterledigt werden kann. Es sei denn, es gibt kleine Kinder im Haushalt. Dann ist die Mutter (oder der Vater) nach wie vor gefragt.

Die vergangenen industriellen und technologischen Umbrüche haben nie zu massenhafter Arbeitslosigkeit geführt, weder die aufkommende Fließbandproduktion in den 1920er Jahren noch die Roboter in den 1970er Jahren oder zuletzt die PCs in den 1980er Jahren. Wird es bei der nun kommenden Digitalen Transformation anders sein?

Welche Arbeiten kann die KI übernehmen?

Beginnen wir mit der Frage: „Was können wir wissen?“ Heutige KI nutzt das sogenannte maschinelle Lernen. Kurz gesagt lernen die Systeme hierbei aus vorhandenen Daten, wie sie in der Zukunft zu handeln haben. Dazu müssen die Muster bzw. Spielregeln modellierbar sein. Eine Maschine kann beispielsweise relativ leicht aus übersetzten Texten lernen, wie man Wörter und Teilphrasen übersetzt, sodass man komplett neue Sätze fehlerfrei übersetzt. Sie kann aber z.B. nicht aus der Analyse von existierenden Marketingtexten lernen, wie man einen überzeugenden guten neuen Marketingtext entwirft, der etwa mit subtilen Anspielungen noch unausgesprochene Erwartungen weckt. Hier liegen die Grenzen der heutigen Technologie.

Das, was die Maschinen können, können sie dann aber oft erheblich besser oder schneller als Menschen. In der Auswertung von MRT-Scans sind Systeme, die auf Zehntausenden von Aufnahmen mit entsprechenden Befunden trainiert wurden, gestandenen Medizinern schon heute überlegen. Allerdings haben die Maschinen dabei absolut kein Verständnis von medizinischen Zusammenhängen und können

Was passiert mit uns und unserer Arbeitswelt in Zeiten der Digitalisierung?

auch keine Erklärungen zu den Diagnosen liefern. Insofern bleiben sie ein Werkzeug, das die Möglichkeiten des Menschen erweitert. Beim Übersetzen ist es so, dass Google Übersetzer nach eigenen Angaben täglich um 100 Milliarden Wörter maschinell übersetzt. Hier, wie auch bei der Suche mit Google, ist die KI bereits Teil unserer Informationsgesellschaft und lenkt unsere Geschicke mit.

Großes Potenzial gibt es bei Büro- und Verwaltungstätigkeiten. Hier können wir darauf hoffen, dass uns intelligente Technologien in näherer Zukunft entlasten und hoffentlich auch viele repetitive und gleichförmige Abläufe in der öffentlichen Verwaltung schneller und transparenter machen. Bei manueller Arbeit gilt in Bezug auf die Automatisierbarkeit ein ähnliches Grundmuster. Roboter können Arbeitnehmer entlasten, wenn es um das Heben von schweren Gewichten geht, bei der Über-Kopf-Arbeit oder aber auch beim Waschen und Betten einer pflegebedürftigen Person.

Was sollen wir tun?

Die bisherigen technologischen und industriellen Umbrüche führten in der Regel zu Produktivitätssteigerungen und damit verbunden stellte sich immer die Frage der Verteilungsgerechtigkeit, allerdings lediglich zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Die Spielregeln, nach denen man hier (auf nationalstaatlicher Ebene) Ausgleich schaffen und alle Seiten einigermaßen zufriedenstellen kann, sind bekannt. Vielleicht sollten wir uns langsam auf Zeiten einstellen, in denen wir nur noch 20 Stunden die Woche arbeiten und ansonsten Zeit haben für unsere Kinder, ältere Menschen, Neubürger oder für unsere Weiterbildung, schöne Künste etc.

Wir brauchen ... einen gesellschaftlichen Diskurs über den wünschenswerten Einsatz von Technologie

Heute leidet der Sozialstaat mehr denn je darunter, dass global agierende Konzerne ihre Gewinne in Steueroasen schleusen. Das Phänomen ist zwar eher durch Globalisierung als Digitalisierung hervorgerufen, aber der virtuelle Charakter der Produkte und Dienstleistungen erleichtert diese Praktiken sehr. Hinzu kommt noch eine dritte Verteilungsfrage, die vielleicht sogar die entscheidende ist: Wer hat die Daten? Ein Problem hierbei ist, dass wir alle unsere Daten praktisch freiwillig abgeben, mit jeder Internet-Suche und jedem Click auf die News im Smartphone. Die scheinbar kostenlosen schönen Dienste bezahlen wir mit unseren Daten. Wir brauchen einen Diskurs über Datenökonomie und ggf. auch Regulierungsmechanismen.

Wir brauchen ebenfalls einen gesellschaftlichen Diskurs über den wünschenswerten Einsatz von Technologie. Wenn wir noch einmal den Roboter nehmen, der einen Pfleger bei der schweren körperlichen Arbeit unterstützt, so kann die Arbeitsteilung so aussehen, dass der Roboter die bettlägerige Person anhebt, während der Pfleger das Bett macht, die Person wäscht und danach dann die Tablette verabreicht und nach dem Wohlergehen fragt. Technisch kann eher früher als später auch der Roboter die Person waschen, die Tablette geben, Konversation führen. Das klingt erst einmal befremdlich. Aber vor dem Hintergrund des Pflegenotstandes und

Situationen, wo eine Krankenschwester nachts drei Flure mit 60 Patienten überwachen muss, ist es schon wieder vorstellbar und vielleicht das kleinere Übel, wenn der Roboter einer Person zu trinken gibt oder von Erbrochenem befreit, bis das Personal dann mal Zeit hat. Hier geht es eher um Prioritäten und die Frage nach der Bezahlbarkeit der Alternativen. Vor allem aber sollte der Diskurs sachlich geführt werden und weder von Apokalyptikern noch von selbsternannten Technik-Gurus dominiert werden.

Es fehlt noch die Antwort auf die Frage: „Was dürfen wir hoffen?“ Wenn wir diese nicht im religiösen, sondern im landläufigen Sinn verstehen, dann würde ich sagen, das hängt in hohem Maß von unserer Einstellung ab. Hochtechnisierte Länder wie Japan oder Deutschland stehen im internationalen Wettbewerb besser da als Länder, in denen noch weitgehend manuell gearbeitet wird. Dennoch treffen wir speziell in Deutschland oft auf ein generelles Misstrauen gegenüber technischen Neuerungen. Das fängt bei der Liebe der Deutschen zum manuellen Schaltgetriebe im Auto an. Schon ein Elektroauto löst bei uns Ängste vor Kontrollverlust aus, von einem autonomen Auto ganz zu schweigen. Hier müssen wir wieder einen Erfindergeist des „Mitmachens und Gestaltens“ entwickeln, der seinerzeit Menschen wie Gottlieb Daimler gegen alle Widerstände angetrieben hat. Technologie soll unsere Möglichkeiten erweitern und niemand soll durch Technologie ersetzt werden. Wer sich aber der Technologieentwicklung völlig widersetzt, schafft sich am Ende selbst ab. ❏



Der Autor: **Dr. Aljoscha Burchardt** ist Senior Researcher und Lab-Manager des Forschungsreiches Sprachtechnologie am Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz. Er ist stellvertretender Vorsitzender der Berliner Wissenschaftlichen Gesellschaft.

VIER FRAGEN AN Peter Hahne

Ex-Fernsehmoderator Peter Hahne ist dafür bekannt, dass er ein offenes Wort nicht scheut. So auch im Interview mit Souverän

Souverän: Herr Hahne, nach jahrzehntelanger Bildschirm-Präsenz jetzt Pensionärsdasein. Legen Sie nun die Füße hoch oder geht es eher aktiv weiter?

Hahne: Ach, die Toskana überlassen wir getrost den Linken! Ich nehme mir viele aus der Seniorenunion zum Vorbild, die mit dem „Ruhestand“ erst richtig aufgedreht haben. Man sagt ja i.R., und das übersetze ich mit: in Rufweite. Wo ich gebraucht werde, melde ich mich (zu Wort). Derzeit schreibe ich ein Buch mit Geschichten aus meinem Leben, „passiert - notiert“, erscheint zu Weihnachten. Meine Erfahrung nach drei „Probenvorträgen“: Gerade junge Leute hören mit leuchtenden Augen zu, weil die gott-, vater- und wertelose Gesellschaft, die sie heute vielfach erleben, ein großes Vakuum hinterlässt. Dabei geht es nicht um die gute alte Zeit, in der alles golden und Weihnachten immer weiß war. Meine größte Sorge: die Spaltung unserer Gesellschaft, übrigens bis in die Familien hinein, in geradezu sektiererische Lobby-Gruppen.

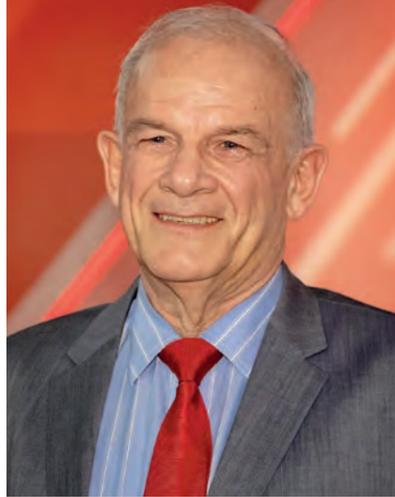
In Ihrem neuen Buch „Schluss mit euren ewigen Mogelpackungen“ kritisieren Sie u.a. eine Anbiederung an einen sektiererischen Zeitgeist. Trifft dieser Vorwurf auch die CDU?

Erst recht die CDU, weil sie „ansprechbar“ ist. Die anderen gebe ich längst verloren. Oder nehmen Sie etwa Grün mit ihrer Multi-Kulti-Lyrik noch ernst, dass JEDER, der zu uns flieht, eine Bereicherung ist?! Die Union (auch überraschenderweise die CSU!) hat die Boden-

haftung, den Basiskontakt, verloren. Nicht alle – aber von denen, die nicht im Dreiklang von Kreißaal, Hörsaal und Parlamentsaal leben, sind leider manche aus Frustration gegangen (worden). Die neue Generalin AKK erkennt und kritisiert nach 40 „Zuhör-Konferenzen“, dass die Mitglieder ganz andere Prioritäten haben als die Funktionäre. Dazu kommt der Verdacht, nicht immer richtig und vollständig informiert zu werden. Wir Journalisten sind bekanntlich noch weniger angesehen als Politiker, eine Katastrophe für die Demokratie

Sie bemängeln, dass in der Politik und den Medien gemogelt und gelogen wird, dass sich die Balken biegen.

Haben sich unsere Eliten tatsächlich weiter vom Volk entfernt als früher? Ja, ich rede Klartext! Nenne Roß und Reiter! Zum Beispiel, dass führende Kultuspolitiker, die das Bildungsniveau unserer Kinder und Enkel durch Integration und Inklusion dramatisch nach unten drücken und Eltern und Lehrer damit maßlos überfordern, dass die ihren eigenen Nachwuchs in Privatschulen schicken. Prominenteste Beispiele! Das ist DIE Mogelpackung. Aber auch das Thema Pflege oder Sicherheit: Da leben unsere Politiker und Journalisten doch in einer Parallelgesellschaft der Bevorzugten, die gar nicht wissen, was „unten“ wirklich los ist. Merkt denn keiner, dass Umfragen unter 30 Prozent für eine Volkspartei das sicherste Zeichen sind, das Volk verloren zu haben?! Die Große Koalition ist doch gar nicht mehr „groß“ – eine echte Mogelpackung! Und der AfD permanent Wahlkampf-Geschenke zu



Peter Hahne war jahrelang das Gesicht der ZDF-Nachrichtensendungen „heute“ und „heute-journal“. Danach war der Diplomtheologe stellv. Leiter des ZDF-Hauptstadtstudios in Berlin, er wechselte im April 2010 in die ZDF-Programmdirektion und moderierte bis 2017 ein eigenes Talkshow-Format. Seit Ende 2017 ist er im Ruhestand, arbeitet aber weiter als Kolumnist und Buchautor (siehe auch Seite 39/Buchtipps).

Von © Superbass / CC BY-SA 4.0 (Via Wikimedia Commons), CC BY-SA 4.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=68799493

liefern grenzt schon an Selbstmord. Traurig! Also: aufwachen! Das ist auch Mit-Aufgabe der Medien.

Sie waren selbst lange im Nachrichtenbereich tätig. Werden die Medien ihrer Aufgabe als Kontrollorgan eigentlich noch gerecht?

Ich trete nicht nach, das heißt: Ich sage in meinem Buch, was ich immer vertreten habe. Mein allererster Intendant Franz Mai, früher Adenauers Büroleiter, sagte dem jungen Hahne bei seiner Anstellung: „Wenn Sie Missionsjournalismus machen, schmeiße ich Sie wieder raus.“ Damit meinte er nicht mein christliches Engagement, sondern die Vermischung von Nachricht und Kommentar. Und die erkennt man doch schon, wenn man in die Gesichter mancher Moderatoren schaut. Deshalb mein Rat: Wir brauchen weniger Fernsehen und mehr Nahsicht. Wenn bei mir zwei Straßen weiter jemand wochenlang unbemerkt tot in seiner Wohnung liegt, habe auch ich etwas falsch gemacht. Wir brauchen die Senioren, die Rentner sozusagen als Kitt, als Bindeglied unserer Gesellschaft: Werte leben und weitergeben, Traditionen erhalten, denn wer seine Herkunft nicht kennt, hat auch keine Zukunft.



Das besondere Reiseerlebnis für Mitglieder und Freunde!



Reisetermine:

- 05.05. bis 12.05.2019
 - 12.05. bis 19.05.2019
 - 19.05. bis 26.05.2019
- Verlängerungswoche auf Anfrage möglich

Inklusivleistungen:

- Flüge Deutschland⁺ / Rijeka oder Pula / Deutschland⁺ mit einer renommierten Fluggesellschaft in der Economy-Class
- Flughafengebühren und Kerosinzuschläge von EUR 42,- bis 112,- pro Person je nach Abflughafen (Stand 09/18)
- Transfers Flughafen / Hotel / Flughafen
- 7 Übernachtungen im Grand Hotel Palace**** (4 Sterne, Landeskategorie) im Doppelzimmer
- Halbpension
- Ausflüge und Besichtigungen laut Programm mit klimatisiertem Reisebus inkl. aller Eintrittsgelder
- Deutschsprachige Reiseleitung
- Umfangreiche Informationen zur Reise

Nicht im Preis enthalten:

- Zusätzliche Mahlzeiten, Getränke und persönliche Ausgaben
- Trinkgelder
- Zusätzliche Reiseversicherungen
- Citytax von EUR 1,40 pro Person je Tag (wird vorab mit der Reisebestätigung abgerechnet)

Reisepreise:

1.095,-
EUR pro Person im Doppelzimmer*
Einzelzimmer-Zuschlag pro Woche: EUR 210,-
Zimmer mit garantiertem Meerblick pro Person/Woche: EUR 105,-
Zimmer mit Balkon pro Person/Woche: EUR 49,-
Verlängerungswoche pro Person im DZ*/inkl. Halbpension: EUR 490,-
Zuschlag Reisetrip 12.05.2019: EUR 30,-
Zuschlag Reisetrip 19.05.2019: EUR 60,-
(*bei Zweierbelegung)
Reiserücktrittskosten-Versicherung mit Selbstbehalt pro Person: Grundwoche: EUR 50,- inkl. Verlängerungswoche: EUR 65,-

ISTRIEN

... mit der Riviera von Opatija

Haustür-abholung gegen Gebühr möglich.



Die malerische Küstenlandschaft Kroatiens zählt zu den schönsten des Mittelmeerraumes. Neben bezaubernder Landschaft gibt es auch zahlreiche kulturelle Stätten, die den Besuch lohnen – so auch auf der größten kroatischen Halbinsel: Istrien.

Das 4-Sterne-Hotel, in dem Sie während Ihres Aufenthaltes wohnen werden, liegt im Badeort Opatija. Die Stadt gilt als Geburtsstätte des kroatischen Fremdenverkehrs, der mit der Errichtung der prächtigen Sommerresidenz Villa Angiolina begann. Opatija entwickelte sich in der K.- und K.-Zeit schnell zum beliebtesten Ziel des Adels und Geldadels. Prunk und Gloria jener Epoche lassen sich auch heute noch erahnen – z.B. bei einem Bummel entlang der 12 Kilometer langen Uferpromenade, die von prächtigen Bauwerken gesäumt wird. Nicht von ungefähr gilt Opatija als das „Nizza Kroatiens“.

Auch das Hinterland hat einiges zu bieten, wie Sie bei Ihren geführten Ausflügen erleben werden. Sie besuchen u.a. den Nationalpark Plitwitzer Seen, der durch die Karl May-Verfilmungen berühmt wurde.



Grand Hotel Palace**:**

Das Grand Hotel Palace versprüht mit seinem historischen Gebäude im Zentrum von Opatija nach umfangreicher Renovierung mit seinem klassischen Stil das Flair der K.u.K.-Zeit. Das Hotelgebäude beeindruckt durch hochwertiges Interieur, hohe Decken und einen wunderbaren Blick auf die Adria. Der elegante Bau ragt erhaben über der Hauptstraße Opatijas empor und stellt mit seiner ehrwürdigen Fassade eine echte Sehenswürdigkeit der Stadt dar.

Ausstattung: Das Hotel besteht aus zwei nebeneinander liegenden, klassisch gehaltenen Gebäuden gegenüber der Promenade Lungomare. Es verfügt über eine großzügige Rezeption sowie Restaurant, Lobbybar und Straßencafé, Wellness-Bereich mit Innerschwimmbad (Salzwasser), Sauna, Türkischem Bad und Anwendungen (tlw. gegen Aufpreis). Den Gästen steht ein hoteleigener Strand (Fels) mit Liegestühlen und Sonnenschirmen sowie ein Konferenzzentrum, Zimmerservice und WLAN zur Verfügung. Einige Bereiche des Hotels sind nur über Stufen bzw. Treppen zu erreichen.

Zimmer: Alle 195 großzügig und klassisch eingerichteten Zimmer und Suiten verfügen über Bad/Dusche/WC, Haarrockner, Balkon, Klimaanlage, Direktwahl-Telefon, TV, Minibar und Safe. Zimmer mit Balkon oder direktem Meerblick können gegen Aufpreis gebucht werden.

Verpflegung: Frühstück und Abendessen in Buffetform

Flugzuschläge:

- ➔ Grundpreis inkl. Flüge ab/bis: Düsseldorf, Köln-Bonn, Stuttgart
- ➔ Flugzuschläge für Flüge ab/bis: Berlin-Tegel, München: EUR 30,- p. P. Frankfurt, Hamburg und Hannover: EUR 60,- p. P.

Preise für Haustürabholung:

Zone:	Radius:	Preis:
Zone 1	bis 69 km	EUR 49,- p. P.
Zone 2	bis 129 km	EUR 99,- p. P.
Zone 3	ab 130 km	EUR 149,- p. P.

INFORMATIONEN ANFORDERN

Reiseziel: ISTRIEN
Coupon ausfüllen und direkt an Terramundi GmbH, Im Wauert 14, 46286 Dorsten senden.

Schneller geht's per Fax 023 69 / 9 19 62-33.

Besuchen Sie unsere Website: www.terramundi.de

Bitte senden Sie mir das detaillierte Reiseprogramm zur Istrien-Reise

per Briefpost per E-Mail

Name, Vorname _____
Straße, Hausnummer _____
PLZ, Ort _____

Telefon _____
E-Mail _____

JA, ich bin damit einverstanden, dass meine Angaben aus diesem Formular zur Beantwortung meiner Anfrage erhoben und verarbeitet werden. Hinweis: Sie können Ihre Einwilligung jederzeit per E-Mail an info@terramundi.de widerrufen.



Sozialwissenschaften

DEUTSCHE HEGEN GEMISCHTE GEFÜHLE GEGENÜBER *Geflüchteten*

Nur 7 Prozent der Deutschen sind gegen die Aufnahme von Flüchtlingen. Die Vorbehalte sind trotzdem groß.

Prozent gaben an, dass ihnen Flüchtlinge nicht besonders sympathisch seien. In ökonomischer Hinsicht betrachtet ein Großteil der Bevölkerung Flüchtlinge als Risiko, selbst vor dem Hintergrund der demografischen Lage der deutschen Gesellschaft. Während 23 Prozent einen uneingeschränkten Zuzug fordern, sind 70 Prozent zwar grundsätzlich bereit, Flüchtlinge aufzunehmen, befürworten aber einen geregelten Zuzug und fordern Integrationsleistungen der Zuwanderer.

Bitte nicht im persönlichen Umfeld

„Der kulturelle Unterschied wird als außerordentlich groß wahrgenommen, und im direkten persönlichen Umfeld sind Flüchtlinge nicht sonderlich erwünscht“, so Esra Eichener. 64 Prozent der Befragten empfinden Flüchtlinge trotzdem als kulturelle Bereicherung. „Obwohl die Emotionen gegenüber Flüchtlingen im Mittel nicht besonders positiv ausfallen, ist nur eine kleine Minderheit der Deutschen radikal ablehnend eingestellt. Von einer breiten Fundamentalopposition kann keineswegs die Rede sein“, so Eichener.

Wer sein Leben als positiv betrachtet, befürwortet den Zuzug eher

Im Zentrum seiner Arbeit stand die Frage nach den Ursachen für die Einstellungen gegenüber Flüchtlingen. Positive Emotionen gegenüber Flüchtlingen, etwa Mitleid und Sympathie, stellten sich als einer der wichtigsten Einflussfaktoren für eine Befürwortung des Zuzugs heraus. Daneben befürworten Personen den Zuzug eher, die annehmen, dass er positive Effekte auf die Gesellschaft hat. Auch wer die eigene Lebenslage als positiv betrachtet, äußerte sich der Zuwanderung von Flüchtlingen gegenüber offener.

Bildung, Alter, Einkommen, Geschlecht spielen keine Rolle

Wichtigster negativer Einflussfaktor war insgesamt Islamfeindlichkeit. Sie erklärt die Emotionen und die Einschätzung, welche gesellschaftlichen Folgen die Aufnahme von Flüchtlingen haben könnte. „Zudem erwies sich ein Komplex aus rechten politischen autoritären und materialistischen Einstellungen als einflussreich, der mit Fremdenfeindlichkeit assoziiert ist.“ Als unbedeutend für die Haltung gegenüber der Zuwanderung von Flüchtlingen stellten sich Bildung, Einkommen, Alter, Geschlecht, eigener Migrationshintergrund, die Größe des eigenen Wohnorts sowie seine Lage in Ost- oder Westdeutschland heraus.

„Die Gesellschaft ist also nicht gespalten zwischen multikulturalistischen, weltbürgerlichen, von der Globalisierung profitierenden Linksliberalen und einer nationalistischen, protektionistischen, heimatverbundenen Gegenbewegung“, sagt Esra Eichener. Diese beiden Pole lassen sich zwar empirisch nachweisen, stellen aber nur eine Minderheit dar. „Um das Dilemma zwischen der Notwendigkeit, humanitär zu helfen, und den als negativ angenommenen gesellschaftlichen Folgen zu lösen, muss die Politik aktiv werden. Ein modernes Einwanderungssystem könnte den Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl von Kontrolle vermitteln. Derzeit entsteht der Eindruck, als stünde die Politik den globalen Migrationsbewegungen ohne Konzept und hilflos gegenüber“, sagt Esra Eichener.

von Migrationsbewegungen. Die Rücküberweisungen von Migrantinnen und Migranten aus Subsahara-Afrika sind für viele Staaten ein bedeutsamer Wirtschaftsfaktor geworden. Im direkten Vergleich zu Rücküberweisungen und ausländischen Direktinvestitionen liegt die offizielle Entwicklungshilfe



Foto: hikron/123rf

Flüchtlingslager August 2011 in Dadaab, Somalia

für Subsahara-Afrika lediglich auf dem dritten Platz. Allein Nigeria, Ghana, Senegal und Kenia erhielten 2016 zusammen mehr Rücküberweisungen (24,7 Mrd. EUR) als offizielle Entwicklungshilfe (24 Mrd. EUR). Ein effektiveres Management der Rücküberweisungen sowie gezielte und normierte Direktinvestitionen können so die Potenziale offizieller Entwicklungshilfe bei weitem übersteigen und diese konzeptuell ergänzen.

Die Risiken haben sich durch die Kriminalisierung von Migration weiter erhöht. Das Jahr 2018 beklagt eine der höchsten Sterberaten von MigrantInnen im Mittelmeer. Die Opferzahl auf den Transitrouten durch die Sahara wird von der IOM auf das Doppelte geschätzt. Eine an europäischen Werten und auf nachhaltige Entwicklung ausgerichtete Politik sollte daher auch mehr legale Wege der Einwanderung schaffen, um so auch die positiven Potenziale von Migration zu nutzen und die Risiken für Migrantinnen und Migranten zu reduzieren.

Dr. Melanie Müller, Mitautorin der Studie „Migrationsprofiteure – Autoritäre Staaten in Afrika und das europäische Migrationsmanagement“, und Luca Mieke von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) haben in Souverän die Ergebnisse der Studie zusammengefasst.

der europäisch-nigrischen Kooperation gewertet werden könnte, beinhaltet jedoch eine Reihe ernsthafter Konsequenzen für die Stabilität Nigers. Vor dem europäischen Kooperationsangebot lebte der Norden Nigers von der Transitmigration, weswegen ein Teil der Arbeitsplätze weggebrochen ist. Neue Projekte der Entwicklungszusammenarbeit können diesen Wegfall bislang nicht ausgleichen. Dies führt in der ohnehin schon krisengeplagten Region zu großer Unzufriedenheit, die in Instabilität umschlagen kann. Die Kooperation mit dem nigrischen Präsidenten Issoufou verläuft aus europäischer Sicht sehr kooperativ. Sollte aber ein politischer Umsturz in Niger gelingen, das in seiner Geschichte schon eine Reihe von Staatsstreichs erlebt hat, dann könnte sich ein Präsident mit einem autoritäreren Bewusstsein durchsetzen. Dieser würde dann von der durch die EU unterstützten Stärkung und Ertüchtigung des nigrischen Sicherheitssektors profitieren. Die sudanesishe Regierung bewies sich als proaktive Partnerin der EU, die das europäische Interesse der Reduktion irregulärer Migration über das Mittelmeer durch Grenzschutzmaßnahmen sicherstellen soll. Eine Normalisierung der Beziehungen zum Sudan durch eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Migrationspolitik könnte jedoch gleichzeitig die Verhandlungsmacht der Regierung Bashir stärken und so die von Einschränkungen der politischen und bürgerlichen Freiheiten geprägte Herrschaft des per internationalem Haftbefehl gesuchten Präsidenten indirekt billigen. Der teils an staatlich finanzierte Milizen ausgelagerte Grenzschutz hat Menschenrechtsverletzungen an MigrantInnen zur Folge und kann nur schwer durch die EU unterbunden werden. Auch bei der Rückführung sieht der Sudan sich als Durchsetzer europäischer Interessen. Seit 2016 mehren sich Berichte über Misshandlung und Deportation eritreischer Flüchtlinge aus dem Sudan. Ähnliches spiegelt sich im Fall Ägyptens, wo zwar der Grenzschutz verstärkt und

das Schlepperwesen kriminalisiert wurde, jedoch mangels eines nationalen Asylsystems polizeiliche Willkür und der Schutz von MigrantInnen in Ägypten keineswegs prioritär behandelt werden. Das Regime al-Sisis kann seinem europäischen Kooperationspartner Erfolge hinsichtlich rasant sinkender Migrationszahlen aus Ägypten seit 2016 sowie einer Neugestaltung des rechtlichen und institutionellen Rahmens bei der Migrationsbekämpfung vorweisen. Der Preis hierfür ist hoch und wird von MigrantInnen gezahlt. Die Empfehlungen aus der Studie sind daher,

- ▶ das Verständnis von Migrationsbewegungen als staatenübergreifende Migrationskomplexe zu stärken und europäische Instrumente auf diesen regionalen Dynamiken aufzubauen;
- ▶ die Wahrung innerafrikanischer Zirkulation und freier Wirtschaftsräume nicht von restriktiven Grenzschutzmaßnahmen unterminieren zu lassen, um die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas zu stärken. Dazu gehört ebenfalls, die große Bedeutung von Rücküberweisungen anzuerkennen sowie die Beschaffenheit lokaler Ökonomien zu berücksichtigen;
- ▶ klare rote Linien im Menschenrechtsbereich bei der migrationspolitischen Zusammenarbeit zu formulieren. Hierzu gehört ebenso die klare Kommunikation von Prioritäten gegenüber ihren afrikanischen Partnern. Im Fall der Zweckentfremdung von Mitteln und Instrumenten durch die Partner muss die Kooperation entlang dieser Linien eindeutig konditionalisiert werden.

Ausblick

Die erste grundlegende Gestaltungsfrage an die europäische Migrationspolitik betrifft die verbreitete Annahme, dass die Armutsbekämpfung und ökonomische Entwicklung Migrationsströme weitgehend eindämmen können. Weitgehender wissenschaftlicher Konsens herrscht darüber, dass Migration von mehreren Faktoren bestimmt wird, wobei die sozioökonomische Entwicklung bis zu einem bestimmten Grad eher zu den Antriebsfaktoren der Migration zählt und nicht andersherum. Zudem gibt es auch positive Effekte



Frontex – CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE BUNDESPOLIZEI

Die Migration nach Europa nahm ab dem Jahr 2015 enorme Ausmaße an. Die Grenzbehörden der Mitgliedsstaaten sahen sich zu Beginn dieser Entwicklung einer erheblichen Herausforderung gegenüber. Europa standen nur wenige Instrumente zur Verfügung, um gemeinsam auf diese Situation zu reagieren. Die Grenzschutzagentur Frontex war mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln involviert, jedoch war ihr damaliges Mandat schnell ausgeschöpft. Vor diesem Hintergrund entstand die Verordnung (EU) 2016/1624 zur Stärkung von Frontex. Heute, fast zwei Jahre nach Inkraftsetzung dieser neuen Verordnung, hat sich die Zahl der in Europa ankommenden Migranten zwar verringert, das Thema ist aber weiterhin in der öffentlichen und politischen Debatte präsent. Der Rolle der Agentur kommt in dieser Situation eine besondere Bedeutung zu. Mit ihrer Hilfe ist ein gemeinsames und abgestimmtes Vorgehen im operativen Bereich auf europäischer Ebene für den Schutz der Außengrenzen möglich.

Das Mandat von Frontex

Die Agentur ist verantwortlich für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der EU. Sie nahm am 1. Oktober 2005 in Warschau den Betrieb auf und ist seitdem kontinuierlich auf aktuell ca. 560 Mitarbeiter gewachsen. Das jährliche Budget beträgt mittlerweile ca. 430 Millionen Euro. Das Mandat der Agentur umfasst die Koordinierung der operativen Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten und

der durch das Schengen-Abkommen assoziierten Länder beim Schutz der Außengrenzen, wobei die Verantwortung für grenzpolizeiliche Maßnahmen aber weiterhin bei den jeweiligen Mitgliedsstaaten verbleibt. Mit der seit Ende 2016 geltenden neuen Verordnung hat sich das Mandat unter anderem um folgende Maßnahmen erweitert:

- ▶ die verpflichtende Bereitstellung von Soforteinsatzteams (Rapid Intervention Teams)
- ▶ ein verstärktes Rückführungsmanagement
- ▶ die Beurteilung von Schwachstellen
- ▶ die operative Zusammenarbeit mit Drittstaaten

Der Soforteinsatzpool umfasst eine Gesamtstärke von 1500 Grenzpolizisten – mit einem Anteil von 225 Einsatzkräften ist Deutschland dabei der größte Kontingentsteller. Die Einsatzkräfte dieses Pools sollen innerhalb von fünf Tagen zur Bewältigung von grenzpolizeilichen Sonderlagen (z.B. Massenmigration) zum Einsatz gebracht werden.

Eine weitere wichtige Neuerung ist die Möglichkeit, auch operativ mit benachbarten Drittstaaten kooperieren zu können. Dies bedeutet, dass Frontex auf dem Hoheitsgebiet des jeweiligen Drittstaats im Einvernehmen und zusammen mit ebendiesem Einsätze durchführen kann. Bisher war dies nur bei Einsätzen innerhalb der Mitgliedsstaaten möglich. Grundlage für die

Zuwanderung kann nur geordnet und gesteuert werden, wenn die Außengrenzen hinreichend geschützt sind. Die Organisation Frontex soll dies für Europa leisten. Doch welche Möglichkeiten hat Frontex?



Foto: Anne Jose Kan/123rf

Foto: Morris/123rf



Frontex-Gebäude in Warschau.

Ein Schlauchboot voll menschlicher Not: Syrische, afghanische und afrikanische Flüchtlinge landen im Februar 2016 in der Nähe der griechischen Insel Lesbos.

Zusammenarbeit bilden sogenannte Statusabkommen; für Serbien ist ein solches zeichnungsreif verhandelt. Zur Forcierung der strategischen Zusammenarbeit mit für die irreguläre Migration bedeutsamen Herkunfts- und Transitländern baut die Agentur ein Netzwerk von Verbindungsbeamten in Drittstaaten auf. So wurde im Sommer 2016 der erste Frontex-Verbindungsbeamte (ein Bundespolizist) in die Türkei entsandt. Zwischenzeitlich sind auch Verbindungsbeamte im Niger und in Serbien – mit Mandat für den gesamten Westbalkan – eingesetzt. Weitere Standorte werden gezielt vorbereitet. Im Bereich der Rückführung ist die Agentur für die Bundespolizei ein wichtiger Partner. Ein großer Anteil der begleiteten Rückführungen erfolgt im Rahmen von Gemeinschaftsaktionen, die jeweils von einem Mitgliedsstaat federführend vorbereitet und über Frontex koordiniert werden. Hierbei nimmt die Bundespolizei eine Vorreiterrolle ein. Auf Basis des aktuellen Mandats übernimmt die Agentur nun auch selbst die Funktion eines zentralen Organisations, und als zentrale europäische Stelle soll sie zukünftig bei der Beschaffung von Heimreisedokumenten auftreten und unterstützen. Frontex unterzieht die Mitgliedsstaaten jährlich einer Schwachstellenbeurteilung. Diese Analyse umfasst ein permanentes Monitoring der verfügbaren Ressourcen und Notfallpläne zur Kontrolle und Überwachung der Außengrenzen. Ziel dabei ist es, die Kapazitäten dahingehend zu überprüfen, ob sie der

gegenwärtigen oder zu erwartenden Migrationslage entsprechen. Defizite und Gefahren für die Sicherheit der Außengrenzen sollen so rechtzeitig erkannt und beseitigt werden. Zur Unterstützung dieses Instrumentes wird die Agentur Verbindungsbeamte in den Mitgliedsstaaten einsetzen.

Beteiligung und Engagement der Bundespolizei

Die Bundespolizei beteiligt sich an Frontex-Operationen mit Personal und Einsatzmitteln und ist regelmäßig einer der größten Kontingentsteller. Die Schwerpunkte liegen dabei auf Maßnahmen in Griechenland, Italien und Bulgarien. Aktuell rückt zudem Spanien vor dem Hintergrund der sich gegenwärtig verändernden Migrationsströme verstärkt in den Fokus. Die Aufgaben der Einsatzkräfte umfassen das gesamte Spektrum grenzpolizeilicher Tätigkeiten. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben sind sie mit vergleichbaren hoheitlichen Befugnissen ausgestattet wie die „einheimischen Kollegen“ und dürfen diese auf Grundlage des jeweiligen innerstaatlichen Rechts mit Zwang (Schusswaffengebrauch ist begrenzt auf Notwehr/Nothilfe) durchsetzen. Seit 2016 sind zwei Kontroll- und Streifenboote der Bundespolizei in der griechischen Ägäis im Einsatz. Hierbei konnten beachtliche Erfolge in der Unterstützung der griechischen Küstenwache erzielt werden. Seit 2017 werden in enger Kooperation mit den Niederlanden erstmalig sogar gemisch-

te Bootsbesatzungen eingesetzt. Im Herbst dieses Jahres unterstützt der Flugdienst der Bundespolizei erstmals die spanischen Behörden im Rahmen der luftgestützten Seegrenzüberwachung. Hierbei kommt, wie bereits regelmäßig in den vergangenen Jahren u.a. in Italien, ein seeflugtauglicher Hubschrauber zum Einsatz.

Höheres Budget und Personalaufwuchs

Neben der reinen Stärkung des Mandats von Frontex erhielt die Agentur ein höheres Budget und mehr Personal. Bis 2020 soll der Personalkörper des Hauptquartiers in Warschau auf ca. 1.000 Mitarbeiter anwachsen. Für die Bundespolizei ist es von strategischem Interesse, hierbei ausgewählte Positionen zu besetzen, um die Agentur in ihrer weiteren Entwicklung zielgerichtet zu begleiten. Gerade den operativen Fachbereichen kommt besondere Bedeutung zu, um die hiesige Fachexpertise umfangreich einzubringen.

Ausblick

In seinen Schlussfolgerungen hat der Europäische Rat am 28. Juni 2018 die Bedeutung eines wirksamen Schutzes der Außengrenzen durch die Mitgliedsstaaten betont und einen Ausbau der unterstützenden Rolle von Frontex befürwortet. Bei der weiteren inhaltlichen Diskussion zu einer möglichen Mandatserweiterung sollte daher berücksichtigt werden, dass die Agentur unter Wahrung der Souveränität der Mitgliedsstaaten zukünftig noch stärker,



aktiver und mit mehr Verantwortung an den Außengrenzen eingesetzt werden kann.

Aus der möglichen Mandatserweiterung und einem Aufgabenzuwachs sind dann die Folgerungen für den Umfang des personellen Aufwuchs zu ziehen. Da der polizeiliche Schutz der Außengrenzen eine besondere fachliche Qualifikation und Erfahrung erfordert, wird ein Großteil dieser Einsatzkräfte durch die Mitgliedstaaten gestellt werden. Der von der EU-Kommission im mehrjährigen Finanzrahmen genannte Aufwuchs von Frontex durch eine Einsatzeinheit von 10000 kann von den Mitgliedstaaten absehbar nur geleistet

werden, wenn die Mitgliedstaaten durch einen wirksameren Einsatz von Frontex an den Außengrenzen national entlastet werden, also die Sekundärmigration innerhalb der EU weitestgehend verhindert wird.

In diesem Zusammenhang könnte mit Blick auf eine mögliche Mandatserweiterung von Frontex auch erwogen werden, ob im Rahmen eines ergänzenden EU-Rechtsaktes das Regelungsmodell der Richtlinie Asylverfahren für beschleunigte und vereinfachte Grenzverfahren umfassender Anwendung finden kann. Hier wäre die Schaffung von rechtlichen Möglichkeiten für Frontex unter Wahrung der asylrechtlichen Regelungen, an den Außengrenzen die Einreise in den Schengenraum zu verweigern, zu prüfen.

Mit der aktuellen Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache kann Frontex bereits eine bedeutsame Rolle für den Schutz der Außengrenzen einnehmen. Die auf dieser Grundlage zur Verfügung gestellten Instrumente ermöglichen es ihr, die Mitgliedstaaten im operativen Bereich effizienter und schneller zu unterstützen. Wichtig ist jedoch, dass diese auch zielgerichtet, umfassend und effektiv umgesetzt und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.

Dies sollte insbesondere bei dem geplanten personellen Aufwuchs von Frontex bis zum Jahr 2020, aber auch darüber hinaus berücksichtigt werden. Denkbar wäre in diesem Zusammenhang z.B., die Agentur operativ stärker

auszurichten und möglicherweise sogar um eine ständige Einsatzkomponente zu erweitern. So könnten unter anderem Beamte, die für einen längeren Zeitraum von den Mitgliedstaaten zur Agentur abgeordnet werden, anlassbezogen (durch Frontex selbst) in einzelne Einsatzmaßnahmen entsandt werden. Die aktuelle Verordnung ließe dies ohne weiteres zu. Frontex würde damit über ein hochflexibles und schnell einsetzbares Personalkontingent verfügen, das eine jederzeit eigenständig anpassbare Schwerpunktsetzung ermöglichen würde. Eine solche Komponente würde eine effiziente und nachhaltige Einsatzumsetzung in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten gewährleisten.

Unbenommen dessen wird die Agentur weiterhin auf die Bereitstellung von personellen und technischen Ressourcen der Mitgliedstaaten angewiesen sein. Die Bundespolizei wird sich unter Berücksichtigung der eigenen nationalen Einsatzlage auch zukünftig zielgerichtet an Einsätzen zum Schutz der Außengrenzen beteiligen. Auch wenn dies sicherlich in den nächsten Jahren eine große personelle Herausforderung darstellen wird, steht dem der zu erwartende Mehrwert im Rahmen der Bekämpfung der irregulären Migration gegenüber. Gerade vor diesem Hintergrund wird es weiterhin im Interesse der Bundespolizei bleiben, an der Ausgestaltung des neuen Mandats der Agentur aktiv mitzuwirken und mit fachlicher Expertise zu unterstützen.



Der Autor:
Alexander Fritsch ist Leitender Polizeidirektor im Bundespolizeipräsidium in Potsdam für die EU-Zusammenarbeit, Frontex-Angelegenheiten und Gemeinsame Zentren der Polizei und des Zolls.

Bei Redaktionsschluss

Die „Welt“ berichtete am 10. September, dass die EU-Kommission einen Gesetzesvorschlag vorbereitet hat, nach dem Frontex bis 2027 auf 10.000 Mann aufgestockt werden und erweiterte Zuständigkeiten bekommen soll. Wegen der geringen Zahl der Abschiebungen will Brüssel künftig selbst das Heft weitgehend in die Hand nehmen. So soll Frontex den einzelnen Mitgliedstaaten ein funktionierendes Abschiebesystem vorschreiben. Gleichzeitig kann die Grenzschutzbehörde demnach – auch ohne Zustimmung der jeweiligen Regierung – in einem EU-Mitgliedsland gut ausgebildete „Abschiebeteams“ einsetzen, um Rückführungen zu koordinieren und durchzuführen.

Für alle Souverän-Leser 6 Wochen gratis!

Endlich da! Die erste wirklich verständliche Bedienungsanleitung für Ihren PC

Unsicher am PC? Fragen über Fragen? Und keiner hilft Ihnen richtig weiter? Damit ist jetzt Schluss! Martin Koch von der Initiative PC-Wissen für Senioren zeigt Ihnen die einfache Schritt-für-Schritt-Anleitung für Ihren Computer, auf die Sie schon so lange gewartet haben.

Rufen Sie uns an unter
0228/95 50 170
(Aktionscode: SPC 6575)

ANZEIGE



Stellen Sie sich vor:

- Nicht Sie fragen, wie man in Word ein Bild so einfügt, dass der Text ganz einfach drumherum fließt ..., sondern: SIE erklären es einem guten Freund!
- Nicht Sie fragen, wie man eine Vorlage so einscann, dass sie direkt als versendbare PDF statt als Bild gespeichert wird ..., sondern: SIE erklären es einer Bekannten!
- Nicht Sie fragen, wie man eine ZIP-Datei sicher öffnet – und den Inhalt sofort in einem bestimmten Ordner ablegt – sondern: SIE erklären es Ihrem Nachbarn!
- Nicht Sie fragen, wie man Skype so einstellt, dass Ihre Kontakte jederzeit verfügbar sind ..., sondern: SIE erklären es Ihrem „technikverrückten“ Enkel!



„Manchmal glaube ich, die Computer-Industrie hasst Senioren!“

ben Sie jemals eine echte Gebrauchsanleitung von Ihrem PC-Händler bekommen, wenn Sie sich einen neuen Computer gekauft haben?

„Es ist einfach unfassbar, dass die Hersteller ihre Milliarden in immer neue (oft unnütze) Software und Technik stecken – es aber nicht schaffen, eine wirklich EINFACHE Gebrauchsanleitung für Anwender beizulegen. Das Einzige, was sie mit ihren Neuerungen erreichen: dass wir uns wieder einmal vor dem Bildschirm unsicher und hilflos fühlen! Manchmal glaube ich, die Computer-Industrie hasst Senioren!“, sagt Martin Koch, Gründer der Initiative PC-Wissen für Senioren.

Doch damit ist jetzt endlich Schluss! PC-Wissen für Senioren ist die Gebrauchsanleitung, auf die Sie schon so lange gewartet haben. Die speziellen Schritt-für-Schritt-Anleitungen sind in leicht verständlichem, klaren Deutsch. Wir halten

Sie auf dem Laufenden und sagen Ihnen, welche Anschaffungen wirklich sinnvoll für Sie sind. So sparen Sie sich teure Fehlkäufe. Weil Sie nicht auf jedes Werbeversprechen der Computer-Industrie hereinfallen.

Überraschen Sie ab jetzt Ihre Bekannten, Ihre Freunde und Ihre Familie. Alle werden sich fragen, wieso Sie sich plötzlich so gut mit Ihrem PC auskennen. „Tja“, dürfen Sie dann denken, „jetzt kann ICH euch mal zeigen, wie etwas funktioniert!“ Sie möchten den Beweis, dass es wirklich so einfach ist? Dann überzeugen Sie sich selbst:

Sie sind herzlich eingeladen! Als Leser von Souverän können Sie die erste wirklich verständliche Bedienungsanleitung für Ihren PC jetzt 6 Wochen gratis testen. Einfach Coupon unten ausfüllen und gleich absenden.

GRATIS-Test-Coupon einfach einsenden an: Initiative PC-Wissen für Senioren, Theodor-Heuss-Str. 2-4, 53177 Bonn, per Fax an: 0228 / 36 96 350 oder Sie bestellen schnell online unter

www.pc-wissen-senioren.de/souveraen

Elbe

Schöner, ruhiger, günstiger wohnen

Seniorenwohnungen „Bellevue“
Im Kurgebiet Hitzacker (Elbe)
Von Privat zu vermieten
2 ZL, 55 m², ab 199,- + NK mtl.
V: 82,6 kWh, E., Bj 1991
Neubau, Fahrstuhl, Balkon, Garage.

Betreuung möglich, gegenüber im Alten- u. Pflegeheim „Bellevue“
Gratisprospekte: Tel. 05862- 97550
www.peter-schneeberg.de

Professor-Wohltmann-Straße

GRATIS-Test-Coupon

Ja, bitte schicken Sie mir PC-Wissen für Senioren zum kostenlosen 6-Wochen-Test zu. Wenn mich der Test überzeugt und ich PC-Wissen für Senioren behalten möchte, habe ich Anrecht auf den ermäßigten Startpreis: Ich erhalte das 432 Seiten umfassende Handbuch zum Preis von nur 14,95 € statt 24,95 €. Porto und Versandkosten übernimmt der Verlag für mich. Zusätzlich merke ich mich für den Aktualisierungs- und Ergänzungsservice von PC-Wissen für Senioren vor. Diesen Service, der mein Handbuch und mich auf dem neuesten Stand hält, erhalte ich für nur 24,97 € pro Ausgabe. Eine Verpflichtung zur Abnahme der Lieferungen entsteht hieraus nicht. Ich kann den Bezug von PC-Wissen für Senioren jederzeit ohne Angabe von Gründen und ohne Kündigungsfrist beenden.

SPC 6575

Vorname und Nachname

Straße und Hausnummer

PLZ und Ort

Datum und Unterschrift X

Gleich einsenden an: PC-Wissen für Senioren, Theodor-Heuss-Str. 2-4, 53177 Bonn, oder Fax an: 0228 / 36 96 350

Datenschutz: Verantwortliche Stelle ist die Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG, Theodor-Heuss-Straße 2-4, 53177 Bonn, Tel: 0228 – 8205-0, E-Mail: info@vnr.de. Den Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter den genannten Kontaktdaten. Weitere Informationen zum Datenschutz erhalten Sie auf www.vnr.de/datenschutz-2.de und auf Nachfrage von uns. Im Falle einer Bestellung erhalten Sie weitere Informationen hierzu mit einem Antwortschreiben.

/ EINE WELT IM *Chaos?*



Dem Beobachter der internationalen Beziehungen drängt sich tatsächlich die Einschätzung auf, die verschiedenen globalen Konflikte würden überhandnehmen. Doch der Blick in die Geschichte der modernen Staatenwelt zeigt, dass seit dem Westfälischen Frieden und der Verankerung der Idee der souveränen Nationalstaaten (1648) die Beziehungen zwischen diesen stets von Anarchie und Wettbewerb gekennzeichnet gewesen sind. Um mit dem Politologen John J. Mearsheimer zu sprechen, ist es der Mangel an effektiver, überstaatlicher Autorität, der die Nationen der Welt zur ständigen Selbsthilfe zwingt. Solange es keine Möglichkeit gibt, den wohlmeinenden Regelungen des internationalen Rechtes ausreichenden Nachdruck zu verleihen, bleibt den Akteuren im internationalen System auch keine probate Alternative zu besagtem Selbstschutz.

Der Zustand eines internationalen Systems (Chaos oder Ordnung) ist abhängig von mindestens drei Faktoren: 1. der materiellen Machtverteilung, also der Frage nach der Polarität des Systems (potenzielle Konfigurationen sind: unipolar, bipolar und multipolar); 2. der Bereitschaft zur Ordnungstiftung durch den Hegemon oder die führenden Akteure des Systems und 3. der Anerkennung der Ordnung durch aufsteigende Mächte oder vernachlässigte Gruppen.

Während seit Beginn der Moderne alle Auseinandersetzungen zwischen den diversen Mächten zeitweise von kriegerischer Natur waren, hatten die unterschiedlichen Modelle der Ordnungstiftung immer wieder auch Erfolg. Aus einer Perspektive der rationalen Kalkulation der nationalen Interessen ist die aussichtsreichste Grundlage für Frieden und das Verhindern von Instabilität ein Gleichgewicht der Kräfte zwischen den relevanten Akteuren. Eine derartige Politik wurde von Großbritannien für die Zeit zwischen der Thronbesteigung Ludwigs XIV. und dem Ende des Zweiten Weltkrieges praktiziert. Wenn Staaten und Staatsführer rational handeln, werden sie keine Konflikte mit Kontrahenten heraufbeschwören, die ihnen kräftemäßig so ähnlich oder überlegen sind, dass auch eine Niederlage drohen könnte.

In einer Struktur mit vielen Akteuren würde besonders eine militärische Eskalation die Position der Beteiligten im Vergleich zu den Neutralen schwächen. Da sich aber selbst bei theoretisch vollkommen gleich starken Nationen im Hinblick auf die Bevölkerung, die Wirtschaftskraft oder das technologische bzw. militärische Potenzial über die Zeit Veränderungen ergeben müssen, besteht jedes Gleichgewicht der Kräfte (engl. jede balance of power) nur auf Zeit. Die unausweichlichen Verschiebungen verursachen immer wieder krisenhafte Verwicklungen. Als die Kardinäle Mazarin und Richelieu Frankreichs Adel und Stände entmachteten und eine moderne Verwaltung geschaffen hatten, führte die Konsequenz eines spürbaren Machtanstiegs Frankreichs zur Bildung einer großen antifranzösischen Koalition, die

neben den Habsburgern auch England und die Niederlande umfasste. Für anderthalb Jahrhunderte bis zu den Schlachtfeldern von Ligny und Waterloo 1815 fochten die unterschiedlichen Allianzen unter Großbritanniens Führung verbissen gegen einen von Versailles oder Paris unterschiedlich stringent vorgebrachten Anspruch auf Vorherrschaft. Sieben Jahrzehnte später hielt der britische Premier Benjamin Disraeli demnach auch die deutsche Einigung (1871) für „a much greater political event than the French revolution during the previous century“ (ein größeres politisches Ereignis als die Französische Revolution). Nachdem zunächst noch eine russisch-französische Militärkonvention (1892) ausreichend erschien, Deutschland einzudämmen, gab London nach wilhelminischem Wirtschaftswachstum, französischer Stagnation und der Niederlage des Zarenreiches gegen Japan 1904/1905 seine „ausgezeichnete Isolation“ auf, um zu einem „herzlichen Einvernehmen“ mit Paris (1904) und St. Petersburg (1907) zu gelangen. Zwischen 1914 und 1945 wurden zwei entsetzliche Weltkriege ausgefochten, um eine drohende Hegemonie des kaiserlichen wie des nationalsozialistischen Deutschlands über den Kontinent zu verhindern. Als 1945

(wie auch 1814) Truppen des Kreml weit im Westen standen, verblieben die Vereinigten Staaten mit all ihrer Macht (auf sie entfiel am Ende des Krieges etwas mehr als die Hälfte der weltweiten Industrieproduktion) in der Region, um nicht eine sowjetische Vormacht an die Stelle einer deutschen treten zu lassen. Der historisch eher die Ausnahme darstellende Umstand der auf das Kriegsende folgenden viereinhalb Jahrzehnte beinhaltete alle drei weiter oben skizzierten Aspekte eines stabilen internationalen Systems:

1. Materielle Machtverteilung: Die UdSSR und die USA besaßen den weitaus größten Teil aller wirtschaftlichen und militärischen Ressourcen (die Sowjetunion sank ökonomisch nach und nach bis 1991 auf den Status eines von mehreren Blöcken neben der EG und Japan herab, verblieb aber militärisch eine Macht ersten Ranges). Für beide „Supermächte“ bestand ein erhebliches – infolge der Kernwaffenarsenale tödliches – Risiko im Falle eines Krieges. Direkte Konfrontation fand deshalb nicht statt, wo zu den Waffen gegriffen wurde, trug die Auseinandersetzung eher den Charakter von Stellvertreterkriegen.

Waffenstarrende Armeen am 38. Breitengrad, fast täglich Anschläge und Attentate zwischen Euphrat und Tigris, Raketen in Gaza, Flüchtlinge auf dem Mittelmeer und Handelskriege überall: Die Welt scheint völlig aus den Fugen.

	Macht-konzentration	Bereitschaft zur Ordnungstiftung	Anerkennung der bestehenden Ordnung
Hohe Stabilität des Systems (Ordnung)	Bipolarität oder Hegemonie	Interventionalismus	Akzeptanz der Institutionen und Regeln
Niedrige Stabilität des Systems (Chaos)	Multipolarität	Isolationismus	Herausforderung durch Aufsteiger

WOHL BEHÜTET AUFGEWACHSEN.

Ich weiß genau, wo das Holz herkommt, was in mir steckt.
100% aller weltweit eingesetzten Zellstofffasern sind nach dem Standard des Forest Stewardship Council (FSC®) zertifiziert.

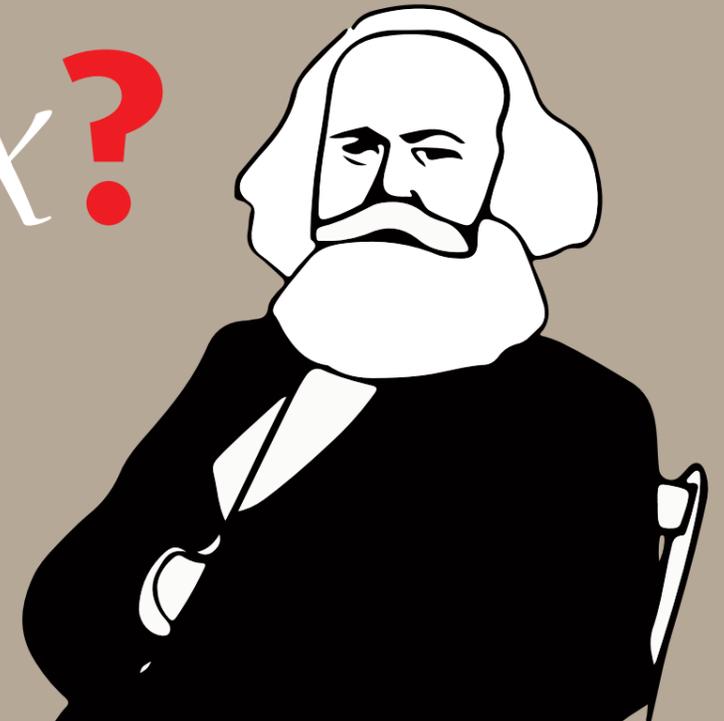
Mehr erfahren Sie unter karton-natürlich.de

KARTON, NATÜRLICH!

Eine Initiative des Fachverbandes Kartonverpackungen für Flüssige Nahrungsmittel e.V.

Das Umweltbundesamt empfiehlt den Kauf von Mehrwegflaschen und ökologisch vorteilhaften Getränkekartons.

/ ZURÜCK ZU Marx?



Zum 200. Geburtstag von Karl Marx ist in den letzten Wochen und Monaten eine Menge geschrieben und heftig diskutiert worden. Schließlich sind im Namen des Marxismus weltweit Millionen Menschen umgekommen. Professor Barbara Zehnpfennig über die Hintergründe einer tödlichen Ideologie.

2. Bereitschaft zur Ordnungstiftung: Die wesentliche US-amerikanische Lehre der Zwischenkriegszeit war, dass der Isolationismus der Vereinigten Staaten nur zum Aufstieg des italienischen Faschismus, des Dritten Reiches und des japanischen Imperialismus beigetragen hatte. Konsequenterweise versuchte Washington, diesen Fehler nach 1945 zu vermeiden. Dementsprechend übernahmen nach den Plänen Roosevelts drei „Weltpolizisten“ die Aufrechterhaltung der internationalen Sicherheit und Ordnung (von denen das britische Weltreich alsbald aufgrund innerer Querelen und drohender Zahlungsunfähigkeit ausschied). Auch die Sowjetunion zögerte in ihrem Einflussbereich nicht, die Rolle einer interventionistischen Führungsmacht zu übernehmen (wie sie blutig 1953, 1956 und 1968 unter Beweis stellte). Und sei es nur, weil sich die Verhinderung einer Wiederholung des Traumas vom 22. Juni 1941 aus Kremlsicht nur durch Kontrolle eines Cordon sanitaire aus Satellitenstaaten erreichen ließ.

3. Anerkennung des Systems: Zwar forderten schon seit den späten 1940er Jahren diverse Entkolonialisierungsbewegungen in Afrika oder Südostasien die Etablierten heraus, an der Dominanz der Westmächte und der UdSSR in ihren jeweiligen Interessen- und Einflussphären bestanden aber kaum Zweifel. Sogar der selbstbewusste Mao respektierte Stalin als den Führer der kommunistischen Welt und wartete 1950 bei seinem Eingreifen in den Koreakrieg auf eine Moskauer Genehmigung.

Nach den hier dargelegten Kriterien war die Phase zwischen dem Fall Berlins und dem der Berliner Mauer eine in jedweder Hinsicht besonders stabile. Gefördert durch das Gleichgewicht des Schreckens, starke Führungsbereitschaft und eine hohe Akzeptanz der auch symbolisch im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vertretenen Großmächte und ihrer Funktion, verlagerten sich Rivalitäten an die Ränder der OECD-Welt oder ins Theoretische. In der Verschiebung der Machtverhältnisse seit 1989/1990 liegt auch die erste – und vermutlich bedeutendste – Ursache für die verringerte Stabilität der internationalen Ordnung. Herrschte im Kalten Krieg eine bipolare Konfiguration, in der die beiden Konkurrenten ihre Verbündeten und Vasallen unter Kontrolle halten konnten, so kehrte nach einem „unipolaren Moment“ die bis dahin übliche multipolare Ordnung im

zwischenstaatlichen Raum zurück. Dies gilt natürlich nach wie vor nur vergleichsweise, zumal die Vereinigten Staaten im Bereich konventioneller Militärmacht – vor allem zur See und in der Luft – unvergleichlich stärker sind als jede Kombination von Gegnern, die realistisch vorstellbar ist. Infolge der jahrzehntelangen Belastung der amerikanischen Steuerzahler durch exorbitante Militärausgaben und wegen der um sich greifenden Kriegsmüdigkeit nach fast zwanzig Jahren Kampfeinsätzen in Afghanistan, im Irak und andernorts ist aber auch die Bereitschaft der USA drastisch gesunken, die Aufgaben eines Hegemons oder einer Ordnungsmacht weiter zu erfüllen. Zuletzt schließlich fordern nicht nur andere staatliche Akteure, deren Anteil an der globalen Wirtschaftskraft – im Falle der Volksrepublik China von 1,6 % (1990) auf fast 15 % (2017) – gestiegen ist, das System und seine Institutionen (UN, Weltbank, IWF) heraus. Der Staat an sich gerät vielmehr als Akteur vonseiten substaatlicher Kräfte (Terrorgruppen, Rebellen und Separatisten) oder transnationaler Einheiten (Großkonzerne bzw. NGOs) unter Druck. In jeder der drei hier herausgehobenen Kategorien (Machtbalance, Verantwortungsbereitschaft und Akzeptanz) haben sich die Verhältnisse gegen die Stabilität des momentanen Systems verschoben.

Zur besseren Einordnung muss aber konstatiert werden, dass die Welt nur in den Zustand zurückkehrt, in dem sie sich über die Jahrhunderte im Regelfall befunden hat; In periodischer Unordnung. Die jetzige Unübersichtlichkeit und der erhöhte Hang zum Einsatz von Gewalt in der Lösung von Auseinandersetzungen treten nur im direkten Vergleich zur Nachkriegszeit und ihrer Bipolarität so eklatant zutage. Bei allen Schattenseiten des Neuordnungsprozesses sollte auch das Positive dieser „Epoche der Globalisierung“ nicht ignoriert werden: Die Lebenserwartung ist weltweit von knapp 48 Jahren in 1960 auf mehr als 72 im letzten Jahr gestiegen. Der Anteil von Analphabeten hat sich drastisch verringert und allein in der Volksrepublik China ist die Zahl der absolut Armen in dieser Zeit um Hunderte Millionen Menschen reduziert worden. Obwohl die „Rückumstellung“ des internationalen Systems von bi-/unipolar auf multipolar mit Härten und Unwägbarkeiten einhergehen wird, ist deshalb ein gewisser „realistischer Optimismus“ nicht ganz unangebracht: Die Welt mag (etwas) chaotischer werden, sie wird aber nicht zwangsläufig nur schlechter. 

Wiederkehrende Wirtschaftskrisen, zunehmende Einkommens- und Vermögensunterschiede, Verarmungstendenzen selbst in reichen Ländern – all dies gibt manchem Anlass, eine Rückbesinnung auf Karl Marx zu fordern. Hatte Marx nicht prophezeit, dass der Kapitalismus sich in Krisen aufzehren, große Bevölkerungsteile der Armut ausliefern und zu immer schärfer werdenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen führen werde? Müsste man sich nicht, ganz besonders im Marx-Jubiläumsjahr, noch einmal ernsthaft mit der von Marx anvisierten Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft auseinandersetzen?

Nun ist eine Rückbesinnung auf Marx sicherlich eine sinnvolle Forderung, allerdings nur, wenn sie nicht von vornherein in apologetischer, sondern in kritischer Absicht erfolgt. Denn die Kritik, die man dem Kapitalismus und der mit ihm verbundenen liberalen Demokratie angedeihen lässt, sollte man ebenfalls ihren Gegenentwürfen zuteilwerden lassen. Die Berufung darauf, dass Marx doch das Gute für den Menschen gewollt habe, als er seine kommunistische Utopie entwarf, genügt dabei nicht. Vielmehr ist zu

prüfen, was seine Ablehnung der kapitalistischen Wirtschaft begründete, welche Alternative er seinerseits vorsah und was für eine Vorstellung, wie der Mensch leben solle, dabei zugrunde lag. Erst dann lässt sich beurteilen, ob ein Rückgriff auf Marx tatsächlich das Gebot der Stunde ist.

1. Kritik des Kapitalismus

Da Marx von vornherein mit Zerstörungsabsicht an seine Analyse der kapitalistischen Gesellschaft heranging, wirkte dies natürlich auf seine Deutung der vorgefundenen Wirklichkeit zurück. So beruht seine Krisentheorie z.B. auf der Annahme, im Kapitalismus gäbe es mit Notwendigkeit wiederkehrende Krisen, die auf den technischen Fortschritt und den daraus folgenden tendenziellen Fall der Profitrate der Unternehmen zurückzuführen seien. Voraussetzung dieser Theorie ist jedoch die Auffassung, der Profit beruhe ausschließlich auf Ausbeutung, weil sich der Kapitalist unrechtmäßig den allein vom Arbeiter geschaffenen Mehrwert aneigne, also jenen Wert, der nach Abzug der Lohnkosten als im Arbeitsprozess hervorgebrachter Wert übrig bleibt.

Wenn man sich diese Theorie näher ansieht, merkt man sogleich: Hier stimmt vieles nicht. Die Wertschöpfung ist nicht allein auf die Anwendung von Arbeitskraft zurückzuführen, sondern auch auf Kapital und Boden; die vom Unternehmer erbrachten Leistungen gehen bei Marx überhaupt nicht in die Rechnung ein; Krisen im Kapitalismus beruhen keineswegs notwendig auf technischem Fortschritt, sondern entstehen z. B. durch Spekulationen auf dem von Marx gar nicht berücksichtigten Finanzmarkt oder durch falsche politische Weichenstellungen; die historische Gesetzmäßigkeit, nach der sich die Krisen häufen und zwangsläufig den Untergang des Kapitalismus herbeiführen werden, lässt sich empirisch in keiner Weise belegen. Wer sich bei der Kapitalismuskritik auf Marx berufen will, muss also viele Prämissen akzeptieren, die schlicht falsch sind. Oder er muss so im Allgemeinen verbleiben („Kapitalismus ist immer Ausbeutung“), dass er dazu Marx eigentlich gar nicht braucht.

Auch die Einschätzung des Wirtschaftsgeschehens ist keineswegs zwingend. Die Ausdifferenzierung der Funktionen



Der Autor: **Holger Alisch, M.A.**, Jahrgang 1985, studierte Politikwissenschaften und Geschichte an der Universität Trier und ist seit 2015 als Lehrbeauftragter für Internationale Politik an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung tätig.

im Wirtschaftsgeschehen, also die Entstehung von Lohnarbeit, die Akkumulation (Anhäufung) von Kapital etc., welche, wie Marx durchaus zugibt, zu großen Fortschritten in der Produktivität geführt hat, wird nur unter dem Aspekt des Kampfes zwischen den jeweiligen gesellschaftlichen Gruppen gesehen. Vorausgesetzt ist dabei, dass Kampf prinzipiell etwas Schlechtes ist und vollständig überwunden werden muss - eine Annahme, der bspw. der Liberalismus vehement widersprechen würde. Für diesen ist der Konkurrenzkampf eindeutig etwas Gutes, weil er zu Leistungssteigerungen führt.

Natürlich ist Konkurrenzkampf auch etwas Hartes. Doch um diese Härte zu mildern, wurde der Sozialstaat erfunden. Geschichtlich gesiegt hat jedenfalls der reformerische Ansatz, den Marx bereits zu seiner Zeit heftig bekämpfte. Denn Marx wollte die Revolution, und die war nur zu haben, wenn es den Arbeitern eben nicht besser ging, sondern wenn sie verelendeten. Mit seinem Kampf gegen die aufkommende Sozialdemokratie und gegen eine Reform des Kapitalismus zeigte Marx, dass er zu großen Opfern bereit war - zur Opferung anderer.

2. Die kommunistische Utopie

Es ist auffallend, wie spärlich im Marx'schen Werk die Äußerungen über das Ziel der revolutionären Umwälzung sind: Die Kapitalismuskritik nimmt gewaltigen Raum ein, doch wie der Kommunismus der einst aussehen soll, wird weitgehend offengelassen. Nur in einer Frühschrift, den Ökonomisch-Philosophischen Manuskripten, findet sich eine etwas ausführlichere Schilderung des kommunistischen Endziels. Den entscheidenden Umbruch erhofft sich Marx von der Aufhebung des Privateigentums. Ist dieses vernichtet, ist der Weg zum Heil eingeschlagen. Doch auch nach der Revolution ist das Gute nicht sofort da, denn die Menschen sind noch von den alten Verhältnissen geprägt. Das Bewusstsein hinkt den Umständen immer hinterher. Deshalb unterscheidet Marx drei Phasen des Kommunismus; erst am Ende ist das „Paradies auf Erden“ erreicht, das Marx natürlich nie so bezeichnen würde,

das jedoch, äußerlich betrachtet, alle Kennzeichen des Paradieses aufweist: Es bleibt kein Wunsch mehr offen. In der ersten Phase, dem „rohen Kommunismus“, wird die Habsucht, die den Kapitalismus bestimmte, universell: Jetzt können auch diejenigen ihre Unmenschlichkeit ausleben, die bisher aufgrund ihres Unterdrücktseins nicht dazu in der Lage waren. Die Reichen werden gewaltsam enteignet, und alle wollen alles haben. Da das nicht geht, wird eben das, was nicht von allen besessen werden kann, zerstört. Das gilt auch für persönliche Besitztümer wie das Talent. (Wie kann man sich die „gewaltsame Abstraktion“ vom Talent, von der Marx spricht, eigentlich anders vorstellen als durch die Vernichtung des Talentierten?) „Neid und Nivellierungssucht“ herrschen allenthalben, zerstört werden muss, was ungleich macht. So sinkt das Leben auf seine primitivste Stufe herab, alle sind gleich arm.

In der zweiten Phase des Kommunismus herrscht erst Diktatur (wahrscheinlich die Diktatur des Proletariats) oder Demokratie. Allerdings darf man sich hier keine Demokratie nach liberalem Muster vorstellen, diese lehnt Marx natürlich ab. Schließlich stirbt der Staat ab, und allmählich wirken sich die veränderten Verhältnisse auch auf das Bewusstsein aus; das Privateigentum gerät langsam in Vergessenheit.

Im vollendeten Kommunismus ist das Ziel endlich erreicht. Niemand denkt mehr in Kategorien des Haben-Wollens. Jeder versteht sich nur noch als gesellschaftliches Wesen; das ist das neue Verständnis von Individualität. Der Staat ist überflüssig geworden. Nun sind alle Gegensätze zwischen den Menschen geschwunden, weil die Habsucht gegenstandslos geworden ist; es gibt kein Privateigentum mehr. Befreit von allen Lasten des Lebens, von allen Konflikten, von aller Herrschaft, entfaltet sich die Menschlichkeit des Menschen. Denn das Böse ist besiegt - so kann nur das Gute übrig bleiben. Warum ist das Leben im Kommunismus Verwirklichung des wahren Mensch-Seins und somit der eigentliche Humanismus? Der Mensch erkennt sich als sinnli-

ches, d. h. von seiner Körperlichkeit her bestimmtes Wesen, und weil ihm niemand mehr das wegnimmt, was er produziert, kann er sich in seiner sinnlichen Schöpfung wiedererkennen. Damit endet jede Entfremdung. Der neue Mensch des Kommunismus will das Geschaffene aber nicht behalten, denn es gibt ja keine Habsucht mehr. Jeder produziert für die Gesellschaft und freut sich daran, etwas Schönes hervorgebracht zu haben, ohne es besitzen zu wollen. Da alle Unterschiede zwischen den Menschen getilgt sind, gibt es auch keine Feindschaft mehr: Im anderen Menschen erkennt sich jeder selbst wieder, und er sieht in allen zugleich die Menschheit. Deswegen ist er im Prinzip unsterblich, denn er stirbt bloß als Individuum, lebt jedoch in der Gattung fort.

Da der Mensch sich jetzt als Schöpfer von allem erkennt - auch die Natur besteht im Grunde erst durch ihn, durch seine Bearbeitung -, braucht er keinen Gott mehr. Wer im Kommunismus aber immer noch nach Gott fragt, dem erteilt Marx ein Frageverbot. Die Frage nach etwas, das größer ist als der Mensch, darf es im Kommunismus nicht mehr geben, bzw. sie ist „praktisch unmöglich geworden“. Denn sie zu stellen wäre ein Zeichen von Selbstvergessenheit, die es unter den richtigen Verhältnissen eigentlich gar nicht mehr geben kann. Das Denken bildet die Verhältnisse ja nur ab; insofern kann man im Richtigen gar nicht mehr falsch denken.

3. Das Menschenbild

Ob diese von Marx als Geschichtsziel anvisierte Gesellschaft nun tatsächlich das Humanum verwirklicht, hängt natürlich gänzlich davon ab, welches Menschenbild hier zugrunde gelegt ist. Wie sieht Marx den Menschen? 1. Offenbar ist der Geist des Menschen für Marx etwas ganz Nachgeordnetes; das Entscheidende ist das Physische. Das, was dem Menschen spezifisch ist, wird ihm also als Spezifisches genommen. 2. Um das richtige Leben braucht der Mensch sich nicht zu bemühen, es kommt von außen; das heißt, er trägt auch keine Verantwortung. 3. Der Mensch kann erst menschlich werden, wenn er unter den richtigen Verhältnissen

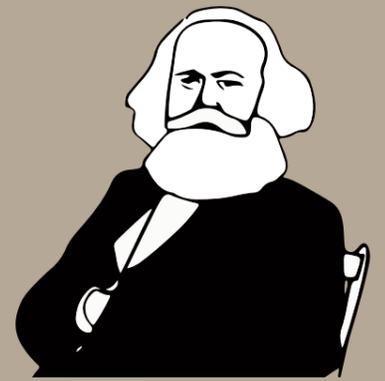
lebt. Damit verdankt er sich nicht sich selbst. 4. Der Mensch muss von allen Problemen entlastet werden, nur dann ist er menschlich. Ihm wird also die Lebensaufgabe genommen. 5. Auch, wie der Mensch zu denken hat, muss er nicht mehr selbst entscheiden. Das bedeutet, im Kommunismus kann es letztlich nur noch eine Art zu denken geben - diejenige, welche die nunmehr richtigen gesellschaftlichen Verhältnisse getreulich widerspiegelt.

Nimmt man alles zusammen, so entpuppt sich der Kommunismus als totales Entmündigungsprogramm: Die Wahrheit ist schon da; Individualismus ist nicht mehr nötig und nicht mehr möglich, denn das bedeutete wieder, etwas für sich haben und ungleich sein zu wollen; der Einzelne ist nur noch Teil des Kollektivs. Das wäre, so es realisierbar wäre, das Ende aller Unterschiede, das Ende des Kampfes, vielleicht aber auch das Ende des Menschen? Idyllisch mutet die Zielvorstellung von Marx jedenfalls nicht an.

4. Resümee

Lassen der Dogmatismus der Marx'schen Theorie, sein reduktionistisches Menschenbild und die Verlagerung von Gut und Böse vom Menschen auf die Verhältnisse eigentlich etwas anderes zu als ein Zwangssystem, wenn man die Theorie praktisch umzusetzen versucht? Eines liegt doch nah: Wenn der Mensch dem Bild, das der Theoretiker sich von ihm gemacht hat, nicht entspricht, muss er eben ihm gemäß gemacht werden. So mutiert das verheißene Reich der Freiheit und Gleichheit zu einem Regime, das in das Innere des Menschen hineinzugreifen und ihm damit tatsächlich die entscheidende Freiheit zu nehmen versucht: die geistige Freiheit. Und das haben nicht bloß die kommunistischen Staaten so praktiziert. Das war offenbar bereits in der Theorie angelegt.

Bei diesem Beitrag handelt es sich um eine aktualisierte und gekürzte Fassung aus einem Sonderband der Hanns-Seidel-Stiftung.



Tödlicher Kommunismus

Die Opfer der sich auf Karl Marx berufenden Diktaturen kann man nur in Größenordnungen schätzen: Sowjetunion: 20 Millionen Tote; China: 70 Millionen Tote; Nordkorea: zwei Millionen Tote; Kambodscha: zwei Millionen Tote; Osteuropa: eine Million Tote; Afrika: 1,5 Millionen Tote. Insgesamt, so schätzt man, haben kommunistische Tyrannen weltweit mehr als 100 Millionen Menschen ermorden lassen.

Quelle: www.scientific.at



Die Autorin:
Prof. Dr. Barbara Zehnpfennig lehrt Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Passau

Bad Füssing – Karibik in Bayern



Genießen Sie das legendäre Thermalwasser der **Johannesbad Therme** in Deutschlands beliebtestem Kurort Bad Füssing. Hier erwarten Sie das ganze Jahr über karibische Wassertemperaturen.



Ihr **Johannesbad Hotel Königshof** liegt im Zentrum direkt gegenüber des Kurparks und bietet jede Woche Veranstaltungen wie Live-Musik, Modenschauen uvm. Der kostenlose Buspendel bringt Sie bequem in die nahegelegene Therme.

Sie wollen länger bleiben?

Ihre Verlängerungsnächte können Sie direkt telefonisch oder vor Ort dazu buchen.

Jetzt anrufen und zum garantiert besten Preis buchen:
08531 – 23 29 09 (Ortsanruf) täglich 8 – 20 Uhr
Ihr Aktionscode (bitte bei Buchung angeben): **KARIBIK-BF**

Direkt online buchen unter:
www.johannesbad-hotels.com/karibik
Johannesbad Hotels Bad Füssing GmbH | Johannesstr. 2 | 94072 Bad Füssing



Ihre Inklusivleistungen pro Person:

- 6 x Übernachtung im Standard DZ
- 6 x Frühstücksbuffet
- 6 x Abendessen
- 6 x Eintritt in die Johannesbad Therme
- 6 x Eintritt in die Johannesbad Saunalandschaft
- 1 x Massage (ca. 20 Min)
- Johannesbad Hotels Wohlfühlleistungen

7 Tage / 6 Nächte
ab **429,- €**
pro Person/DZ
statt 509,- €

Termine & Preise 2018/19 pro Person im Standard DZ:

Reisezeitraum / Anreise täglich	7 Tage / 6 Nächte
A 01.12. – 20.12.18	429,- statt 509,-
B 03.01. – 03.03.19	439,- statt 519,-
C 30.10. – 30.11.18	449,- statt 529,-
D 04.03. – 07.04.19	459,- statt 539,-
E 08.04. – 31.10.19	479,- statt 559,-

Die gestrichelten Preise entsprechen dem regulären Preis der Einzelleistungen.
Zusatzkosten pro Tag (vor Ort): Kurtaxe ca. 2,90 € pro Person | Parkplatz ca. 3,- € | optional Tischgetränkpauschale ca. 5,50 € pro Person.

| Frontal ANGRIFF AUF DEN DEUTSCHEN WOHLSTAND

Donald Trump ist nicht mit Appellen an die Vernunft beizukommen. So wenig wie den Autokraten in Peking, Moskau oder Ankara. Jetzt zeigt auch noch Italien den Euro-Ländern den Stinkefinger. Nur wir Deutschen glauben an die Kraft des Guten und an „eine Welt“. Das erscheint naiv.

der Cowboy im Weißen Haus im Wild-West-Denken. Für ihn gibt es nur Gewinner oder Verlierer. Kompromisse sind aus dieser simplen Weltsicht Ausdruck von Schwäche. Dass der globale Handelsaustausch in der Summe den Wohlstand für alle mehrt, geht ihm einfach nicht unter die Fönwelle.

Vorbei sind die Zeiten, als Washington großmütig über die moralisch aufgeladene Amerika-Verachtung der Deutschen hinweg sah und die transatlantische Partnerschaft als unerschütterlich galt. Auf dieser trampelt Trump nun lustvoll herum. Gerade so, als gehört Deutschland in eine Reihe mit „ökonomischen Schurkenstaaten“ wie Mexiko oder China. Anstatt anzuerkennen, dass die führenden deutschen Autobauer Hunderttausende hochbezahlte Arbeitsplätze in den USA geschaffen haben, wirft er ihnen nun vor, sein Land „mit Mercedes- und BMW-Fahrzeugen zuzuschütten“. Unheilvoll folgt die Drohung an die maßgeblichen Garanten des deutschen Wohlstandes: „Das wird nicht so weitergehen.“ Dass die gegenseitige Sanktionsspirale gegenüber der EU zunächst gestoppt ist, geschieht nicht aus Einsicht, sondern einzig aus Rücksicht auf jene Farmer und Firmen, die nun selbst unter Absatzproblemen leiden. Doch aufgehoben heißt nicht aufgeschoben.

Der neue US-Botschafter in Berlin, Richard Grenell, mag mittlerweile etwas geschmeidiger auftreten. Doch zurückgenommen hat er seinen via Twitter erteilten Befehl bis heute nicht, wonach „deutsche Firmen, die im Iran tätig sind, ihre Geschäfte herunterfahren sollten“. Und zwar „sofort“. Gerade so, als ob der Trump-Adlatus vom Potsdamer Platz aus eine Kolonie verwaltet. Wer nicht pariert, bekommt den Bannstrahl einer weitgespannten Sanktionspolitik zu spüren, für die es mit dem Office of Foreign Assets (OAF) sogar eine eigene Behörde gibt. Diese nur 170 Mitarbeiter zählende Spezialeinheit kann auf Informationen von vermutlich an die 30 US-Geheimdiensten zurückgreifen,

um das Erpressungspotenzial voll auszuschöpfen. Dass das Internet fest in amerikanischer Hand ist (Google, Microsoft, Apple, eBay, Amazon), dürfte dem Trump-Regime das Ausspähen von wirtschaftlich wichtigen Erkenntnissen erleichtern. Irgendwelche belastende E-Mails lassen sich immer finden, wie man bei der strafrechtlichen Verfolgung deutscher Automanager in der Affäre um manipulierte Diesel-Werte sieht. Die OAF kann sogar Unternehmen in die Knie zwingen, die in den USA gar nicht aktiv sind, indem sie ihnen die Finanzierungswege abschneidet. Die FAZ zitierte kürzlich Stefan Heißner von dem Beratungsunternehmen EY (früher Ernst & Young) mit der Beobachtung: „Die Amerikaner gehen im Augenblick sehr aggressiv gegen ausländische Unternehmen vor, die sich nicht an die Regeln halten. Und China fängt auch an, diese Politik nachzuahmen.“ Welche Regeln wann wo gelten – und wann selbst internationale Verträge plötzlich Makulatur sind, legen selbstverständlich die beiden Supermächte fest. Wie es eben gerade in die außenpolitische Strategie passt.

Der chinesische Staatspräsident Xi Jinping drückt sich dabei nur etwas gewählter aus: „Moderne Technik ist die schärfste Waffe eines modernen Staates.“ Der kapitalistische Kommunist gibt sich nach außen hin zwar als Verfechter des freien Handels. Doch in Wahrheit verbindet Xi mit Trump die welche Denkweise, die eine nationalistische Industriepolitik zur Staatsdoktrin erhebt: Für sie zählen einzig Marktmacht und Gewinn für die eigenen Unternehmen. Die deutschen Autokonzerne werden im roten Reich der Mitte sogar noch stärker gegängelt als in den USA. Um ihre Umsätze zu retten, sind sich Konzernlenker wie Daimler-Chef Zetsche bereits heute für keinen Kotau zu fein. Selbst der



mächtige Datengigant Google knickt nun offenbar vor Peking ein und will die Suchmaschine den chinesischen Zensurbestimmungen anpassen.

Vor allem aber expandiert China aggressiv – gerne auch nach Deutschland. Staatlich gelenkte Holdings kaufen strategisch wichtige Firmen auf, spionieren Technologien aus und dringen auf der neuen Seidenstraße bis nach Duisburg und Hamburg vor. Dieser neue Handelsweg wird zunehmend militärisch gesichert. In Afrika sichert sich China Rohstoffe, die im Zeitalter der Elektromobilität und Digitalisierung unerlässlich sind. Deutschland organisiert dafür die Mülltrennung und bohrt Brunnen. Nationale Interessen zu vertreten ist in Berlin verpönt. Man möchte viel lieber „Großmacht der Humanität“ sein und leistet Hilfe, wo immer sich deutschen Politikern fordernde Hände entgegenstrecken. Mit 24,7 Milliarden Euro ist Deutschland nach den USA mittlerweile bei der Entwicklungshilfe das zweitgrößte Geberland.

Für Europa wäre es also höchste Zeit, geschlossen den eigenen Wertekanon durchzusetzen und auf der Einhaltung internationaler Handelsregeln zu bestehen. Doch wie will man von anderen Vertragstreue einfordern, wenn im europäischen Haus selbst jeder macht, was er will: Polen und Ungarn pfeifen auf die Ermahnungen aus Brüssel ebenso wie die Forderungen, endlich die grassierende Korruption wirksam zu bekämpfen, in die

Südosteuropa folgenlos verfallen. In Rumänien hebt gerade eine „sozialdemokratische“ Regierung den Rechtsstaat aus, ohne dass die EU entschlossen einschreitet.

Die Regierung aus unerfahrenen Links- und Rechtspopulisten in Italien nimmt sich nun ausgerechnet Griechenland zum Vorbild und fühlt sich an Stabilitätsregeln nicht mehr gebunden. Obwohl Roms Verschuldung mit 2263 Milliarden Euro um ein Vielfaches über der von Athen (367 Milliarden Euro) liegt und damit die Wirtschaftskraft um über 130 Prozent übersteigt (erlaubt sind 60 Prozent), schalten die künftigen Koalitionäre auf Konfrontation: Milliarden schwere Wohltaten (bedingungsloses Grundeinkommen von 780 Euro, wieder früher in Rente, drastische Steuersenkung auf 20 bis 15 Prozent etc.) treiben die drittgrößte Volkswirtschaft der EU noch tiefer in die roten Zahlen. Frech wird auf einen Schuldenschnitt von 250 Milliarden Euro spekuliert und insgeheim damit gedroht, auch die 900 Milliarden Euro, mit denen Rom bei der EZB in der Kreide steht, nicht fristgerecht zu begleichen. In beiden Fällen ist Deutschland der Hauptgläubiger. Damit droht, wovon pragmatisch denkende Ökonomen wie Hans Werner Sinn stets gewarnt haben: die Rückkehr der Eurokrise – nur viel gewaltiger. Um diese abzuwenden, bereitet die EU-Kommission offenbar Eurobonds vor, die nun „Esbies“ heißen sollen. Es wäre ein weiterer Schritt zur (verbotenen) Schuldenunion, die auch dem französischen Präsidenten Macron vorschwebt, wenn er von einer „Revitalisierung Europas“ schwärmt. Auch der charismatische Reformler baut letztlich auf deutsches Geld – und wird dafür hier sogar als Visionär gefeiert.

Der deutsche Wohlstand gerät also gleich von drei Seiten unter Druck: Die chinesische Marktmacht macht abhängig und erpressbar; das amerikanische Sanktionsarsenal untergräbt Deutschlands Exportstärke; und die von Italien

provozierte Euro-Krise II dürfte auf das Konto der deutschen Sparer und Arbeitnehmer gehen. Doch in Berlin sieht man diese Risiken nicht oder schaut dem Lauf der Dinge ergeben zu. So bringt man offenbar nicht den Mut auf, mit Jens Weidmann einen Deutschen als EZB-Präsident durchzusetzen. Dabei würde der Bundesbankpräsident wenigstens versuchen, den europäischen Finanzregeln wieder Gehör zu verschaffen. Von ihrer China-Reise ist die deutsche Regierungschefin ebenso mit wenig sichtbaren Ergebnissen zurückgekommen wie zuvor schon von Moskau und Washington. Auch gelingt es der Bundesregierung nicht, die hohen Kosten für Flüchtlinge und Hilfsprojekte in aller Welt auf das deutsche Leistungskonto zu verbuchen. Wir nehmen sogar noch von Griechenland, Italien und Spanien zusätzliche Migranten auf, obwohl diese Länder allenfalls einen Bruchteil der deutschen Asylbewerber zu versorgen haben.

Als Krisenbewältigerin muss sich jetzt jedoch nicht nur Kanzlerin Merkel, sondern das ganze Land beweisen. Denn das rufen Trump & Co. drastisch in Erinnerung: Selbst unter „Freunden“ ist sich jeder selbst der Nächste. Es gilt – war es je anders? – wieder die Macht des Stärkeren. Nationale Interessen zu vertreten ist in diesem Umfeld kein Nationalismus, sondern schlicht politische Pflicht. Darauf schwören selbst deutsche Politiker ihren Amtseid.

Dass selbst der Nationalist Trump nicht immun ist gegen Gegenwehr, beweist nun China. Pekings Drohungen mit entsprechenden Sanktionen lassen nun beide Seiten erklären, den Handelskrieg abzublasen. Daraus sollte Europa lernen, will es nicht ganz unter die Räder kommen. Die Atempause, die EU-Präsident Juncker zwischenzeitlich mit Trump im Sanktionsstreit ausgehandelt hat, darf nicht nutzlos verstreichen. 



Der Autor: Dr. Wolfgang Bok hat Politikwissenschaft, Soziologie und Volkswirtschaft studiert und über die Parteiprogrammatik promoviert. Von 1994 bis 2006 war Bok Chefredakteur der Tageszeitung „Heilbronner Stimme“, danach für zwei Jahre Direktor der Kommunikationsagentur „Scholz & Friends“. Heute arbeitet er vornehmlich als Kolumnist für verschiedene Zeitungen sowie als Buchautor und Dozent für Kommunikationsmanagement.



/ MEHR SOZIALAUSGABEN = WENIGER ARMUT?

Der deutsche Sozialstaat wächst unaufhörlich, Jahr für Jahr werden neue Rekordausgaben gemeldet. Doch sinken Bedürftigkeit und Armut in gleichem Maß? Ein Interview mit Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen.

Souverän: Herr Professor Raffelhüschen, von was reden wir eigentlich, wenn wir von Sozialausgaben sprechen? Selbst das Statistische Bundesamt moniert, dass die Statistik „ziemlich zersplittert“ und unübersichtlich sei.

Raffelhüschen: Das ist sicher richtig, aber diese Zersplitterung ist ja über den Zeitablauf gleichgeblieben. Unser Haushaltswesen mag die Sozialausgaben nicht immer exakt erfassen bzw. abgrenzen, wenn dabei durch die Zeitreihen hindurch jedoch immer die gleichen Fehler gemacht werden, gestattet das Ganze gleichwohl eine Trendaussage. Und die ist eindeutig: Gemessen an der Sozialabgabenquote pro Kopf, haben wir den generösesten Staat aller Zeiten. 2018 schlägt der Posten Soziales im Bundeshaushalt mit 57 Prozent (= 175,1 Mrd. Euro) zu Buche, dazu kommen Länder, Kommunen, Sozialversicherung. Seit Jahren schon geben wir deshalb unter dem Strich mehr als 30 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für soziale Zwecke aus. Was übrigens auch zur Folge hat, dass die paritätischen Wohlfahrtsverbände inzwischen zu den größten Arbeitgebern in Deutschland avanciert sind.

Frau Nahles, ihres Zeichens Bundesministerin für Arbeit und Soziales, kann an dieser Entwicklung nichts Schlechtes erkennen. Bei der Vorstellung des neuesten Sozialberichtes sagte sie, „ein gut ausgebauter Sozialstaat stärkt das Wirtschaftswachstum“, und behauptete, soziale Dienstleistungen seien „ein Wachstumsmotor und Jobmotor“. Sehen Sie das auch so?

Nein, ein Wirtschaftsmotor ist eindeutig unsere Produktions- und Exportindustrie, also Branchen wie der Maschinen- und Anlagenbau oder die Automobilindustrie. Von solchen produktiven Leistungen braucht unsere Volkswirtschaft eher mehr denn weniger, vom gegenseitigen

Betüddeln kann ein Land, kann eine Volkswirtschaft nicht leben. Den Dienstleistungssektor braucht es natürlich auch, aber die Produktion hochwertiger Waren entscheidet über die internationale Wettbewerbsfähigkeit und damit den Wohlstand eines Landes. Leider reden wir gerade unsinnigerweise auch noch eine starke Branche wie die Automobilindustrie kaputt.

Die Sozialausgaben steigen kontinuierlich, erreichen ständig neue Rekordhöhen. Gleichwohl liest man Jahr für Jahr, dass immer mehr Leute in Deutschland an der Armutsgrenze leben. Wie passt das zusammen?

Gar nicht, weil es nicht stimmt. Armut wird hierzulande als Prozentanteil des durchschnittlichen Einkommens der Bevölkerung gemessen. Das sagt nichts aus über absolute Armut, sondern bestenfalls über relative Armut. Bei diesem Verfahren der Armutsmessung kann man noch zehnmal so viel für Soziales ausgeben, die Armut wird nicht geringer. Die Meinungsbildung dazu wird in den Medien überwiegend von Leuten betrieben, die statistisch nicht sonderlich bewandert sind. So kommt es immer wieder zu den Schlagzeilen über eine angeblich steigende Armut in Deutschland. Ein fachkundiger Blick ins statistische Jahrbuch würde zeigen, dass echte Armut in Deutschland recht gering, aber leider auch konstant ist.

Kann es aber sein, dass die Armutsgefahr für bestimmte Gruppen größer geworden ist, etwa für Alleinerziehende oder Menschen mit obsolet gewordener Qualifizierung?

Gering oder minder qualifizierte Menschen sind in der Tat eine Problemgruppe, da sie auf den Arbeitsmärkten der Zukunft keine oder nur noch sehr geringe Chancen haben werden. Doch haben wir uns diese Problemstellung zumindest teilweise selbst zuzuschreiben



Unser Interviewpartner: **Bernd Raffelhüschen** ist Professor für Finanzwissenschaft und Direktor des Forschungszentrums Generationenverträge an der Universität Freiburg sowie Professor an der Universität Bergen in Norwegen. Er hat ausgerechnet, dass die Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ohne tiefgreifende Reformen in 30 Jahren knapp zwei Drittel des Einkommens verschlingen würden. Raffelhüschen beteiligte bzw. beteiligt sich an Fragen der praktischen Sozialpolitik z.B. als Mitglied der Rürup-Kommission oder als Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft.

durch eine Tarifpolitik, die über Jahrzehnte hinweg die höchsten Zuwächse für die unteren Lohngruppen erstritten hat. Da kann es nicht wundern, dass die Rationalisierung bei genau diesen gering qualifizierten Tätigkeiten ansetzt. Leider ist keine Änderung dieser Tarifstrategie zu beobachten. Auch Alleinerziehende sind in der Tat eine Problemgruppe. In den als vorbildlich sozial geltenden skandinavischen Staaten begegnet man dem Problem durch Einweisung der Kinder in die Krippe mit bereits acht oder zwölf Monaten und Jobzuweisungen, die man i.d.R. nicht ablehnen kann. Ob solche Zwangsmechanismen die geeigneten Gegenmittel gegen eine Verarmung darstellen, möge jeder für sich selbst bewerten. Ich denke, dass wir in Deutschland in sozialen Fragen oft recht naive Vorstellungen haben. 

/ EINE zerrüttete BEZIEHUNG?

„Von einer zerrütteten Beziehung zwischen den Deutschen und der Demokratie kann keine Rede sein.“ Zu dieser Erkenntnis ist Dr. Markus Tausendpfund an der FernUniversität in Hagen gekommen, als er auf der Grundlage des „Politbarometers“ untersucht hat, wie sich die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland von 1977 bis 2016 entwickelt hat.

Der Politikwissenschaftler an der FernUniversität in Hagen hat zudem wichtige (individuelle) Bestimmungsfaktoren analysiert. Zunächst muss zwischen zwei Formen der Demokratie-Zufriedenheit unterschieden werden. Bei der „spezifischen Unterstützung“ geht es um die Leistungen, die die Demokratie erzeugt, also um die Zufriedenheit mit der Regierung und ihrer Arbeit. Die „diffuse Unterstützung“ hingegen gilt der Demokratie als Staatsform. In den Medien und in der öffentlichen Diskussion wird, so Tausendpfund, häufig die Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Regierung als Unzufriedenheit mit der Staatsform gleichgesetzt. Dagegen können die Menschen nach seinen Worten durchaus zwischen beiden differenzieren: „Weit überwiegend sehen sie die Demokratie als die beste Staatsform, sie sind mit ihr deutlich zufriedener als mit den Leistungen der Politikerinnen und Politiker.“

Steigende Zufriedenheit

Bei der Zufriedenheit mit der Demokratie gibt es deutlich erkennbare Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland: In den 1990er Jahren lag sie im Osten bei 30 Prozent, im Westen bei 60 Prozent (die Daten des ZDF-Politbarometers lassen die Differenzierung nach „Demokratie“ und „Regierungsarbeit“ nicht zu). Ab 2006 ist ein langsamer Aufwärtstrend zu beobachten, der aber durch die Finanz- und Eurokrise 2008/2009 kurzfristig unterbrochen wird. „Seither haben wir einen konsequenten Anstieg, im Osten ist er etwas stärker als im Westen.“ Seit der Euro-Krise boomt die deutsche Wirtschaft, die Lebensbedingungen gleichen sich an. Die Arbeitslosenquote ist im Osten zwar höher, doch sinkt sie dort schneller. Auch

bei den Einkommensunterschieden holt der Osten auf. In den alten Bundesländern lag die Zufriedenheit mit der Demokratie Ende 2016 bei 70 Prozent, in den neuen bei 55 Prozent. „Die wirtschaftliche Entwicklung hat einen besonderen Einfluss auf die Zufriedenheit mit der Regierung“, erläutert Tausendpfund. Die Zufriedenheit mit der Demokratie dürfte aber auch mit der Sozialisation zusammenhängen: „Die älteren Ostdeutschen wurden in der DDR sozialisiert, auch dadurch ist dort die Demokratiezufriedenheit geringer“, so Tausendpfund. „Jüngere Ostdeutsche stehen der Demokratie jedoch positiver gegenüber als ältere.“

Menschen mit höherer Bildung, höherem Einkommen und höherem sozialem Status sind überall mit der Demokratie zufriedener: „Sie profitieren von der Demokratie stärker, die bessere Bildung erlaubt ihnen ein größeres Verständnis für die Komplexität der Politik. Dadurch sind sie weniger verunsichert. Bildung ist zudem ein wichtiger Faktor für die Entwicklung demokratischer Normen und Werte wie etwa Toleranz.“

Thema Migration „beflügelte“ die AfD

Warum steigt dann die Stimmzahl der AfD? Dafür sieht Tausendpfund einen einzigen Grund: die Migrationskrise. Seit ihrer Gründung 2013 war die AfD bis 2014 eine Anti-Euro-Partei mit geringem Wählerpotenzial. Tausendpfund: „Dann kam die Migrationskrise. Das neue Thema hat die AfD beflügelt. Ganz besonders im Osten Deutschlands, weil Migration ein Problem ist, das es dort praktisch gar nicht gab.“ Vorurteile gegen Migrantinnen und Migranten entstehen als „Konsequenz des

Nichtwissens“, persönliche Erfahrungen können Vorurteile verringern. „Die Ostdeutschen hatten aber gar keine großen Möglichkeiten, solche Erfahrungen zu machen, weil es dort viel weniger Migrantinnen und Migranten gab. Dadurch entstanden Ängste.“ Verursacht wurde die Fluchtwelle nach Deutschland insbesondere durch den Syrienkrieg, der bereits 2012/13 begann. Dass die Bundesregierung zu spät und – nach Tausendpfunds Worten – „dilettantisch“ reagierte, habe die Zufriedenheit mit ihrer Arbeit nachhaltig beschädigt. Hinzu kam die „Lügenpresse“-Debatte.

Folgen für Wahlverhalten

Die Migrationskrise hatte auch Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung, die bei der jüngsten Bundestagswahl im September 2017 gestiegen ist. Wahrscheinlich habe davon die AfD am meisten profitiert. „Sicher war der AfD-Einzug in den Bundestag und in Länderparlamente ein Weckruf.“ Aber wie können die etablierten Parteien die Zufriedenheit mit ihrer Arbeit erhöhen? „Mehr erklären und mehr diskutieren. Es ist traurig genug, dass es die AfD dafür gebraucht hat, dass wieder mehr Debattenkultur im Bundestag herrscht, dass die Bundesregierung wieder mehr erklären muss, dass es mehr Konfrontation gibt, dass verschiedene Standpunkte offengelegt werden. Eine bestimmte Politik als „alternativlos“ zu begründen ist meines Erachtens eine Bankrotterklärung“, so Tausendpfund. In Gefahr sieht er die Demokratie (noch) nicht: „Wir müssen aber abwarten, wie sehr aktuelle Entwicklungen und Unwägbarkeiten die Menschen verunsichern: Trumps Verhalten, die Folgen der Handelskrise... Wenn das zu einer Rezession führt, kann es wirklich Probleme geben.“ 

OSTEOPATHIE: **FIT** BIS INS HOHE ALTER



Vital, beweglich und schmerzfrei – wer wünscht sich nicht, möglichst lange gesund und selbstständig zu bleiben? Die Osteopathie dient vor allem dem Erhalt und der Wiederherstellung von Bewegung im Körper. Damit eignet sie sich hervorragend dazu, Altersbeschwerden in Schach zu halten, sowohl vorbeugend als auch bei bereits vorhandenen Problemen. Als eigenständige Form der Medizin dient Osteopathie dem Erkennen und Behandeln von Funktionsstörungen. Die osteopathische Diagnose und Behandlung erfolgt ausschließlich mit den Händen. Der Patient wird in seiner Gesamtheit betrachtet. Nehmen der Kalziumgehalt der Knochen, die Elastizität von Bändern, Sehnen und die Muskelmasse ab, verformen sich auch die Gelenke durch jahrzehntelange Belastung. Die Osteopathie kann hier auf zweierlei Weise eingreifen: Präventiv hilft sie, das Entstehen einer Arthrose zu verhindern. Denn eine genaue osteopathische Untersuchung zeigt die Schonhaltung auf, die eine Arthrose begünstigt. Osteopathen können die Schonhaltung auflösen. Besteht bereits eine Arthrose, können sie das Gelenk entlasten, damit sie nicht oder nur langsam fortschreitet. Gleichzeitig achten Osteopathen auf eine mögliche Überlastung anderer Gelenke.

Auch unsere inneren Organe unterliegen dem Alterungsprozess und verlieren mit den Jahren an Beweglichkeit und Leistung. So nimmt etwa die Elastizität der Lunge ab. Gleichzeitig versteift der Brustkorb und erschwert die Atmung. Das

verringert die Lungenleistung insgesamt. Die Folge: Unser Körper kann nicht mehr so viel Sauerstoff aufnehmen und ist deshalb auch nicht mehr so belastbar. Der Mangel an Beweglichkeit macht die Lunge zudem anfälliger gegenüber Infekten, die sich leichter in den Atemwegen festsetzen können. Aus osteopathischer Sicht gilt es deshalb, die Beweglichkeit soweit wie möglich wiederherzustellen und zu erhalten, damit die Lunge bestmöglich arbeiten kann. Altersbedingte Veränderungen zeigen sich auch im Verdauungstrakt. Im Magen wird die Schleimhaut dünner und der Magen dadurch empfindlicher. Im Dünndarm kann sich die Schleimhaut nicht mehr regelmäßig erneuern, was die Aufnahme von Nährstoffen über die Dünndarmwand erschwert. Im Dickdarm schließlich bildet sich die Muskelschicht zurück, die den Stuhl weitertransportiert. Verdauungsprobleme wie Verstopfung zählen daher zu den typischen, altersbedingten Beschwerden. Ein Osteopath kann solche Probleme ertasten, oft lange bevor sich daraus Beschwerden entwickeln. Denn Organe, die nicht mehr richtig funktionieren, weisen veränderte, meist eingeschränkte Bewegungen auf. Kann der Osteopath die ursprünglichen Bewegungen wiederherstellen, funktionieren die entsprechenden Strukturen wieder besser – trotz altersbedingter Einschränkungen. Damit kann die Osteopathie das Altern zwar nicht aufhalten, aber dafür sorgen, dass der Organismus in Bewegung bleibt und gesund altert.

Deutschlands führendes Osteopathie-Onlineportal

Auf Deutschlands bekanntestem Online-Portal rund um die Osteopathie, www.osteopathie.de, des Verbandes der Osteopathen Deutschland (VOD) e.V. finden Patienten eine Therapeutenliste mit regionaler Suchfunktion für die Suche nach qualifizierten Osteopathen in ihrer Region. Neben fundierten Hintergrundinformationen rund um die Osteopathie, zu Verbandsaktivitäten und News aus den Medien hält die Seite selbstverständlich auch Kontaktmöglichkeiten zur Bundesgeschäftsstelle und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des VOD vor.

WWW.OSTEOPATHIE.DE

Interview mit Dr. med. Karl-Ludwig Resch, Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Gesundheitsforschung

1. Wann und warum erachten Sie als Mediziner die Osteopathie für sinnvoll?

Wenn wir einen Arzt um Rat und Hilfe bitten, wird dieser zunächst versuchen, mit modernen bildgebenden Verfahren (Röntgen, Kernspin, Endoskopie) und anderen technischen Geräten, die z.B. verdächtige Veränderungen im Blut erkennen können, das Problem zu erkennen („Diagnose“) und eine „Behandlungsstrategie“ zu entwickeln. Die osteopathische Behandlung zielt nicht auf eine „Korrektur von außen“ ab, sondern auf eine Unterstützung und Förderung der körpereigenen Potentiale der Regulation (besser bekannt als „Selbstheilungskräfte“). Typischerweise werden komplexe Funktionsstörungen in körperlichen Funktionsketten oder körpereigenen Regelkreisen durch die moderne Diagnostik gar nicht erfasst oder die Problematik lässt sich nicht auf eine „behandelbare“ Störgröße zurückführen. Damit scheint mir eine osteopathische Behandlung gerade dann einen Versuch wert, wenn angenommen werden kann, dass das aktuelle Problem „normalerweise“ für den Körper keines sein sollte und „schlummernde Potentiale“ unterstellt werden können, die sich durch gezielte Unterstützung aktivieren lassen.

2. Könnten Sie bitte einige neuere Studien näher beschreiben?

Die Behandlung von Problemen des Muskel- und Skelettsystems war von jeher eine Domäne von Osteopathen, und folgerichtig gibt es recht überzeugende wissenschaftliche Studien zur Behandlung von Nacken- oder Rückenschmerzen und Schmerzen anderer Gelenke, insbesondere solchen, die nicht unmittelbare Folge einer Verletzung einer irreparablen Zerstörung von Knorpel- oder anderen Geweben sind. Ermutigende Erkenntnisse liegen aber auch für komplexe körperliche Funktionsstörungen vor, z.B. das sog. Reizdarmsyndrom, chronische Entzündungen wie die der Nasennebenhöhlen (chronische Sinusitis), schmerzhafte Störungen im Bereich der Blase und eine ganze Reihe weiterer, zum Teil recht häufiger Probleme aus dem Bereich der Inneren Medizin. Eine derzeit laufende – wahrscheinlich die weltweit bislang größte Studie ihrer Art – soll die Ergebnisse einer osteopathischen Behandlung der fünf häufigsten Probleme, mit denen Eltern von Säuglingen einen Osteopathen aufsuchen, mit wissenschaftlicher Systematik hinterfragen.



Patientenschutz sicherstellen – Mehrheit für Berufsgesetz

Mehr als 11 Millionen Bundesbürger über 14 Jahren waren schon in osteopathischer Behandlung. Ein Großteil von ihnen nimmt dabei an, dass die Ausbildung, Prüfung und Ausübung vom Gesetzgeber bereits geregelt wurde. Dabei reicht gegenwärtig lediglich der Arzt- oder Heilpraktikerstatus, um Osteopathie anbieten zu dürfen. Ob der Behandler ein mehrjähriges Studium oder gar nur ein Wochenendseminar besucht hat, ist für den Patienten nicht erkennbar, da auch die Berufsbezeichnung Osteopath/Osteopath mangels eines Berufsgesetzes nicht legal ist. In einer kürzlich veröffentlichten Forsa-Umfrage fanden hingegen 80 Prozent der Befragten ein Berufsgesetz, das die Qualifikation regelt und somit den Patientenschutz sicherstellt, sehr wichtig oder wichtig. Mehr dazu: www.osteopathie.de/forsa.

Verband der Osteopathen Deutschland e.V.: Profession in sicheren Händen. Gemeinsam stark für die Osteopathie.

- Stark für Information und Aufklärung:** Wir klären auf und informieren über Osteopathie. Wir unterstützen aktiv Forschungsprojekte und setzen uns mit unserer Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für die Reputation der Osteopathie ein.
- Stark für Patientenschutz und Qualitätssicherung:** Als erster Verband haben wir Ausbildungs- und Qualitätsstandards gesetzt, die bis heute wegweisend sind. Unsere Mitglieder gelten bei Patienten und Krankenkassen als hochqualifiziert. Sie bilden sich ständig fort.
- Stark in der Berufspolitik:** Rechtssicherheit für Osteopathen, Transparenz für Patienten – ein Osteopath und eine Osteopathin sollen sich auch so nennen dürfen! Deshalb engagieren wir uns für eine berufsgesetzliche Sicherung der Osteopathie und machen uns bei Entscheidungsträgern der Politik, im Gesundheitswesen und bei Krankenkassen stark, führen Gespräche mit Ministerien und mit Abgeordneten, klären auf und überzeugen.



/ DIE NEUE *Macht* DER ÄLTEREN?

Die Senioren sind die größte Bevölkerungsgruppe im Land, sie wird zahlenmäßig immer stärker, sie gehen fleißiger zur Wahl als alle anderen. Haben sie aber auch dementsprechend politische Macht und Einflussmöglichkeiten?



Der Autor: **Rolf Berend** ist Landesvorsitzender der Senioren-Union Thüringen und Mitglied des Bundesvorstandes. Er war 1990 Abgeordneter der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR und danach 19 Jahre Mitglied des Europäischen Parlaments.

Immerhin wird von den Parteien diese Altersgruppe als künftig wahlentscheidend wahrgenommen. Doch wie steht es dagegen bei der Besetzung der Funktions- und Mandatsträger? Zunächst gilt als Bestandsaufnahme: Je höher die Ebene der Führungsgremien in Parteien und Parlamenten, desto weniger Ältere sind vertreten – sie sind klar unterrepräsentiert. Nachgeforscht, warum das so ist, kann allgemein gesagt werden: Ältere fühlen sich angeblich von der mittleren Generation in den Parlamenten weitestgehend vertreten. Warum? Weil für deren Wiederwahl ja diese Altersgruppe eine wichtige numerische Größe ist und daher nicht unterschätzt werden darf.

Ein kluger Parlamentarier beherzigt die alte Weisheit: „In Demokratien wandelt sich Masse in Mehrheit.“ Nicht ohne Grund finden Rentendiskussionen regelmäßig vor Bundestagswahlen statt. Aber wie steht es nun um die tatsächliche Macht der Senioren-Union in der CDU oder CSU? Diese Vereinigung hat sich in den letzten Jahren strategisch neu ausgerichtet und sich zunehmend selbstbewusster präsentiert, v.a. durch den verbalen Zeigefinger, der von den Amtsinhabern nicht immer wohlwollend, sondern oft argwöhnisch zur Kenntnis genommen wird.

Kurzum: Wenn auch nicht die direkte, unmittelbare Einflussnahme verzeichnet werden kann, ist doch die gefühlte Machtbasis der Senioren-Union nicht zuletzt durch die zunehmende gesellschaftliche Alterung gewachsen. Trotzdem müssen wir zur Kenntnis nehmen: Alle Seniorenorganisationen teilen das Nachwuchsproblem bei den sogenannten „jungen Älteren“, von denen eine Vielzahl sich nicht als „Senior“ oder Seniorin begreift. Eine Studie des Allensbach-Instituts zeigt, dass sich Ältere im Schnitt zehn Jahre jünger fühlen, als die Geburtsurkunde besagt, kurz: Sie fühlen sich noch zu jung, um sich bei der Senioren-Union zu engagieren. Bedeutet das nun perspektivisch weniger politische Teilhabe der älteren Generation? Zunächst einmal mag es paradox klingen: Alternde Gesellschaften werden erfahrener, zufriedener, aktiver, dabei zugleich mental jünger, aber auch weniger revolutionär und streitbarer sein: Die heutigen Rentner und Pensionäre machen vor, dass man mit dem Übergang in den Ruhestand keineswegs zum „alten Eisen“ zählt – ganz im Gegenteil. Denn ohne familiäre und berufliche Verpflichtungen, wie das bei den meisten Senioren der Fall ist, sucht ein Großteil der Älteren ehrenamtliche Betätigungsfelder. Dies zeigen auch die hohen Engagementsquoten der über 65-Jährigen. Allerdings kann man feststellen, dass eine wichtige Voraussetzung für gesellschaftliche

Tätigkeit im Alter die Übernahme eines Ehrenamtes bereits in jüngeren Jahren ist. Nur wer als Jugendlicher und junger Erwachsener sich aktiv für die Gesellschaft eingebracht hat, beteiligt sich auch im fortgeschrittenen Alter gesellschaftlich.

Fazit: Wer auf Dauer in der Politik Erfolg haben will, der muss den Älteren unter den Vorgaben der demografischen Entwicklung schon aus Vernunftgründen jenen politischen Beteiligungsspielraum einräumen, der ihnen zusteht.

Aber wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass die Senioren-Union keine Vereinigung ist und sein darf, die ausschließlich die Anliegen Älterer vertritt. Das wäre eine Politik reiner Partikularinteressen, mit der wir nichts zu tun haben wollen. Aber ich füge hinzu: Die berechtigten Interessen der Älteren auf Mitbestimmung und Mitbeteiligung weiter an den Rand der Politik gedrängt werden. Es muss Schluss sein mit dem dummen Geschwätz vom „kommenden Kampf der Generationen“, von einer „Diktatur der Rentner“, der „Ausplünderung der Jüngeren durch die Älteren“ und was sonst noch dahergeredet wird. Solchen Untergangsszenarien gilt es offen entgegenzutreten.

Wir brauchen ein gemeinsames Tun und die Erkenntnis, dass Junge von Alten und Alte von Jungen lernen können. Dabei spielt in einem modernen Verständnis der Generationen untereinander die Autorität der Älteren eine wesentliche Rolle. Wohlgerichtet, ich meine eine reflektierte Autorität, also eine natürliche Ausstrahlung von Kenntnissen und Lebenserfahrungen, nicht eine bevormundende, eitle, aufgesetzte Autorität. Andererseits müssen auch die Älteren wissen, dass sie ohne die Spontaneität, ohne die Begeisterung, ohne die neuen aufbegehrenden Gedanken und Ideen der Jüngeren mit ihrem Freiheitsdrang eine ärmere Generation sein würden. Beide Positionen bedingen einander.

Im Generationendialog erfolgreich sein heißt aber auch, sich in der Auseinandersetzung mit den Jungen klar zu seiner Altersgruppe zu bekennen. Es gibt nicht wenige unter uns, die sich davor scheuen. Was wir brauchen, ist vielmehr eine altersspezifische Auseinandersetzung zwischen den Generationen, einen konstruktiven Umgang, damit Zukunftsaufgaben gelöst werden können. So können die Senioren eine politische Macht sein, wenn sie ihre Lebenserfahrung als souveräne Autorität gebrauchen und dabei dem von der Jugend betriebenen Drang nach Neuem offen und zuversichtlich gegenüberstehen, ihr auch Mut machen, neue Wege zu gehen, ohne dabei Bewährtes zu negieren.

Reisetermin:

26.08. bis 02.09.2019

Reiseleistungen:

- Haustürabholung zu einem zentralen Treffpunkt inklusive Kofferservice
- Busfahrt im modernen Reisebus nach Passau (ggfs. mit Umstieg)
- Mittagsimbiss inklusive einem Getränk auf der Hin- und Rückfahrt
- Kreuzfahrt mit dem Flussschiff „nickoVISION“ ab/bis Passau
- Unterkunft in einer Außenkabine in der gebuchten Kategorie
- nickoVISION Vollpension:
 - Speisen Sie in drei Restaurants ohne Aufpreis
 - Reichhaltiges Frühstücksbuffet mit Kaffee / Tee und Säften
 - Mittags und abends Wahl zwischen mehrgängigen Menues, leichten Speisen und Themenbuffets
 - Kaffee / Tee nach Mittag- und Abendessen
 - Kaffee / Tee oder Mitternachtsnack je nach Tagesprogramm
 - Festliches Gala-Dinner
 - Begrüßungs- und Abschiedsempfang mit dem Kapitän
- Unterhaltungsprogramm an Bord
- Nutzung des Wellnessbereiches mit Fitnessraum, Sauna, Ruhebereich
- Alle Hafen- und Passagiergebühren
- Bordreiseleitung
- Kofferservice zwischen Anlegestelle und Kabine bei Ein- und Ausschiffung



INFORMATIONEN ANFORDERN

Reiseziel: **DONAU KREUZFAHRT**

Coupon ausfüllen und direkt an Terramundi GmbH, Im Wauert 14, 46286 Dorsten senden.

Schneller geht's per Fax 023 69 / 9 19 62-33.

Besuchen Sie unsere Website: www.terramundi.de

DONAU-FLUSSKREUZFAHRT

Passau | Ybbs | Wien | Budapest | Bratislava | Melk | Passau



Haustürabholung: Ihre Reise beginnt und endet vor Ihrer Haustür.

Schon der bedeutende deutsche Lyriker Friedrich Hölderlin hatte die Donau treffend als „einen erfrischenden, melodischen Strom, mal übermütig schäumend, mal heiter träumend“ beschrieben. Kein anderer Fluss Europas inspirierte Dichter, Maler und Komponisten in ihrem Schaffen so sehr wie die Donau.

Bei Ihrer Flusskreuzfahrt lernen Sie den Abschnitt zwischen Passau und Budapest kennen. Er zählt zu den klassischen Kreuzfahrtrouten Europas. Geschichtsträchtige Burgen, Kirchen und Klöster aber auch barocke Städtchen, flankiert von lieblichen Weinbergen sowie unberührte Auen säumen Ihren Weg. Nicht zu vergessen die Hauptstädte Wien, Bratislava und Budapest mit ihrer ungeheuren Fülle an Kunst- und Kulturschätzen, die nicht nur Kulturinteressierte in Entzücken versetzen.

Reisepreise pro Person:

Hauptdeck vorn:	in der Doppelkabine*:	EUR 1.149,-	Einzelkabinen-Zuschlag:	EUR 575,-
Hauptdeck:	in der Doppelkabine*:	EUR 1.249,-	Einzelkabinen-Zuschlag:	EUR 625,-
Mitteldeck vorn:	in der Doppelkabine*:	EUR 1.499,-	Einzelkabinen-Zuschlag:	EUR 775,-
Mitteldeck:	in der Doppelkabine*:	EUR 1.549,-	Einzelkabinen-Zuschlag:	EUR 775,-
Oberdeck achtern:	in der Doppelkabine*:	EUR 1.649,-	Einzelkabinen-Zuschlag:	EUR 825,-
Oberdeck vorn:	in der Doppelkabine*:	EUR 1.699,-	Einzelkabinen-Zuschlag:	EUR 850,-
Oberdeck:	in der Doppelkabine*:	EUR 1.799,-	Einzelkabinen-Zuschlag:	EUR 900,-

*bei Zweierbelegung

Wir empfehlen den Abschluss einer Reiserücktrittskosten-Versicherung.

Optionale Zusatzleistungen:

Ausflugspaket: EUR 125,- pro Person
Getränkpaket: EUR 169,- pro Person

(Bitte beachten Sie: Getränkepakete können ausschließlich für die gesamte Dauer der Kreuzfahrt und für alle in der Kabine untergebrachten Personen gebucht werden. Inhalte von Minibars sind nicht in der Pauschale enthalten.)



nickoVISION*****

Mit ihrem innovativen Design und einem völlig neuen An-Bord-Konzept bietet die nickoVISION einen neuen Standard auf dem Fluss. Ein Schiff für alle, die Flusskreuzfahrten bisher „angestaubt“ fanden. Für alle, die sich z. B. nicht schon morgens festlegen möchten, wo und was sie abends essen. Für alle, für die im Urlaub vor allem spontanes Erleben und individuelles Genießen im Vordergrund stehen. Von außen fallen an dem Flusskreuzer sofort die großen Glasflächen und die markante Linienführung auf. Im Inneren drückt sich im lichtdurchströmten, edlen Interieur die Modernität und Leichtigkeit des Gesamtkonzepts aus.

Kabinen: Helle Farben und modernes Design, kombiniert mit optimaler Raumnutzung – das erwartet Sie in Ihrer 14 m² großen Kabine, die einem First-Class-Hotelzimmer in nichts nachsteht. Das bequeme Doppelbett kann auf Wunsch getrennt gestellt werden. Auf dem Mittel- und Oberdeck sorgen die französischen Balkone (bodentiefe Panoramafenster) für beste Aussichten. Im Badezimmer finden Sie bequeme Ablageflächen. Und Ihre Garderobe können Sie schonend im Kleiderschrank verstauen.

Preisvorteil bei Buchung bis 31.12.2018
(danach erhöhen sich die genannten Preise um EUR 100,- p.P.)

Bitte senden Sie mir das detaillierte Reiseprogramm zur DONAU-KREUZFAHRT per Briefpost per E-Mail

Name, Vorname	Telefon
Straße, Hausnummer	E-Mail
PLZ, Ort	

JA, ich bin damit einverstanden, dass meine Angaben aus diesem Formular zur Beantwortung meiner Anfrage erhoben und verarbeitet werden. Hinweis: Sie können Ihre Einwilligung jederzeit per E-Mail an info@terramundi.de widerrufen.

ERFOLGE IM *Kampf* GEGEN WOHNUNGSEINBRÜCHE

Trotz sinkender Fallzahlen geschieht in Deutschland noch immer alle vier Minuten ein Wohnungseinbruch – für die Union ein Ansporn, die Instrumente der Ermittler weiter zu verbessern

Wenn die Wohnung von Fremden durchwühlt wurde, Einbrecher Wertgegenstände oder Erinnerungsstücke gestohlen oder die Einrichtung mutwillig zerstört haben, wirkt dies neben dem materiellen Schaden auch zutiefst verstörend. Aus Sicht der Opfer kommt es daher darauf an, Einbrüche möglichst schon im Vorfeld zu verhindern bzw. die Täter zu finden und diese einer gerechten Strafe zuzuführen. Hierfür setzt sich die Union als Partei der Inneren Sicherheit nach Kräften ein – oft genug gegen den Widerstand des Koalitionspartners. Die gute Nachricht zuerst: Die Zahl der Wohnungseinbrüche in Deutschland sinkt. Laut der Kriminalstatistik für das Jahr 2017 ist die Zahl der registrierten Wohnungseinbrüche im vergangenen Jahr gegenüber dem Jahr 2016 um mehr als ein Fünftel zurückgegangen. Ein Rückgang um 23 Prozent! Dies zeigt: Der umfangreiche Maßnahmenkatalog, den wir in der vergangenen Legislaturperiode ins Werk gesetzt haben, um die Einbruchskriminalität zu bekämpfen, wirkt. Wir haben die Polizei gestärkt, indem wir beschlossen haben, das Personal der Sicherheitsbehörden des Bundes um 10.000 Stellen aufzustocken. Einen weiteren Aufwuchs um 7.500 Stellen haben wir im Koalitionsvertrag mit der SPD vereinbart. Und auch jeder Einzelne kann etwas tun: Mit dem KfW-Förderprogramm, für das wir als Union gekämpft haben, bezuschusst die öffentliche Hand seit der vergangenen Legislaturperiode Investitionen in eine bessere Sicherheit von Häusern und Wohnungen, die in vielen Fällen Einbrecher abwehren.

Der Einbau von einbruchshemmenden Türen, Fenstern, Garagentoren, Alarmanlagen, Gegensprechanlagen oder Videoüberwachungskameras kann seither mit bis zu 1.600 EUR gefördert werden. Dieses erfolgreiche Programm mit einem Volumen von insgesamt 50 Millionen Euro im Jahr wollen wir in dieser Legislatur nicht nur fortführen, sondern haben es bereits mit dem ersten Haushalt auf 65 Millionen Euro aufgestockt. Doch Maßnahmen im Vorfeld allein sind nicht genug: Auch die Strafen für Wohnungseinbrüche müssen abschrecken. Daher haben wir – übrigens gegen den Widerstand der SPD – in der letzten Wahlperiode durchgesetzt, dass der Strafrahmen für Einbrüche in Privatwohnungen erhöht wurde: Gab es bislang Täter, die mit einer Freiheitsstrafe von nur sechs Monaten – bei minder schweren Fällen gar nur mit drei Monaten – davonkamen, müssen Wohnungseinbrecher nun mit mindestens einem Jahr Freiheitsstrafe rechnen – und einen minder schweren Fall des Wohnungseinbruchs gibt es hier nicht mehr. Die vielleicht wichtigste Botschaft dabei lautet, dass Wohnungseinbrüche künftig keine Vergehen mehr sind, sondern Verbrechen! Sie stehen nun mit Blick auf ihr Mindestmaß der Strafe auf einer Stufe mit beispielsweise Raub oder Brandstiftung. Aus unserer Sicht ist dies eine überfällige Anpassung, die ganz deutlich macht, dass Wohnungseinbrüche keine Kavaliersdelikte sind. Und angesichts der gravierenden psychischen Belastungen für die Opfer ist dies mehr als angemessen. Damit die Täter auch erfolgreich zur Rechenschaft



Der Autor: Dr. Stephan Harbarth ist stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied im CDU-Bundesvorstand.

gezogen werden können, haben wir die Möglichkeiten der Polizei bei ihren Ermittlungen ebenfalls verbessert: Von nun an kann bei Einbruchsdiebstählen, die bandenmäßig begangen werden, auch das Telefon leichter überwacht werden. Doch auch wenn wir schon gute erste Erfolge im Kampf gegen Wohnungseinbrüche verzeichnen können, muss uns die gesunkene Zahl der registrierten Straftaten vor allem ein Ansporn sein! Noch immer erfolgt in diesem Land alle vier Minuten ein Wohnungseinbruch – also vermutlich einer, vielleicht gar ein zweiter, während Sie diesen Artikel lesen. Bei diesem Befund können wir uns nicht entspannt zurücklehnen. Wir werden auch in dieser neuen Legislaturperiode unserem Koalitionspartner klarmachen, dass wir in diesem Bereich noch bessere Überwachungs- und Aufklärungsmöglichkeiten brauchen. Denn wenn die Statistik zeigt, dass sich die Quote der aufgeklärten Einbrüche auf 17,8 Prozent erhöht hat, heißt dies umgekehrt, dass in mehr als 80 Prozent der Fälle die Täter unentdeckt bleiben. Das ist schlichtweg inakzeptabel. Um beispielsweise herausfinden zu können, ob wir es mit einem bandenmäßigen Wohnungseinbruch zu tun haben, muss es künftig möglich sein, in allen Fällen des Wohnungseinbruchs Telefone von Verdächtigen zu überwachen. Es ist zu erwarten, dass die Debatten mit der SPD hierzu nicht einfach werden. Die SPD reagiert bei Themen der Inneren Sicherheit oft nur unter dem Druck konkreter Ereignisse – und hat den Verschärfungen zu den Wohnungseinbrüchen erst zugestimmt, als sich 2017 bei den Landtagswahlen der Trend gegen die SPD verfestigte. Aber wir haben eine klare Erwartungshaltung an die Justizministerin: Frau Barley muss jetzt liefern und umsetzen, was schließlich auch die SPD im Koalitionsvertrag zugesagt hat. Eine Ausweitung der Ermittlungsbefugnisse der Polizei darf nicht am Veto der SPD scheitern.

SELBSTBESTIMMT UND *sicher*

Private Eigentümer und Mieter können bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) wieder Zuschüsse für Maßnahmen zur Barrierereduzierung beantragen. Zudem erhöht das Bauministerium die verfügbaren Fördermittel für Einbruchschutz in diesem Jahr auf 65 Millionen Euro.

Wenn mit zunehmendem Lebensalter die körperliche Mobilität nachlässt, können Türschwellen schon mal zu Stolperfallen werden und Treppen zu scheinbar unüberwindbaren Hindernissen. Ein Umzug jedoch wäre für die Betroffenen organisatorisch und vor allem emotional eine große Hürde, denn gerade ältere Menschen leben oft schon viele Jahrzehnte in ihrem Zuhause und fühlen sich dort sicher und geborgen. Oft ermöglichen Maßnahmen zur Barrierereduzierung, dass Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigungen selbstbestimmt in ihrem Wohnumfeld bleiben können. Bereits kleine bauliche Veränderungen können den Alltag erheblich erleichtern. Beispiele hierfür sind ein barrierefreier Zugang zum Haus, eine bodengleiche Dusche oder durchgehende Handläufe und rutschhemmende Beläge im Treppenhaus. Mit dem KfW-Programm „Altersgerecht umbauen“ fördert die CDU-geführte Bundesregierung bereits seit 2009 Maßnahmen zur Barrierereduzierung. Neben einer Kreditvariante gibt es seit 2014 auch ein Zuschussprogramm. Das ist wichtig, denn Darlehen sind gerade für ältere Menschen häufig nicht so attraktiv, weil diese Menschen oft keinen Kredit mehr aufnehmen wollen oder altersbedingt nicht bekommen. Der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung wird in den kommenden Jahren weiter steigen. Die demografische Entwicklung stellt uns gerade auch in der Bau- und Wohnungspolitik vor besondere Herausforderungen. Die CDU/CSU-Fraktion hat sich deshalb erfolgreich dafür eingesetzt, das

Programm „Altersgerecht umbauen“ auf hohem Niveau fortzuführen. Auch im Jahr 2018 stehen insgesamt 75 Millionen Euro bereit. Bei Einzelmaßnahmen zur Barrierereduzierung beträgt der Zuschuss 10 Prozent der förderfähigen Investitionskosten pro Antrag, höchstens jedoch 5.000 Euro. Für Bauherren, die ihr Eigenheim zu einem KfW-Standard „Altersgerechtes Haus“ umbauen, beträgt der Zuschuss 12,5 Prozent der förderfähigen Investitionskosten pro Antrag und ist auf 6.250 Euro begrenzt. Anträge können eingereicht werden, wenn die Gesamtinvestitionskosten 2.000 Euro übersteigen. Antragsberechtigt sind private Eigentümer von Ein- und Zweifamilienhäusern sowie Mieter. Auch jüngere und körperlich fitte Personen können die Förderung in Anspruch nehmen, um bereits heute für spätere Lebensphasen Vorsorge zu treffen. Ganz wichtig: Der Antrag muss gestellt werden, bevor mit den Baumaßnahmen begonnen wird. Da die KfW die Zu- oder Absagen in der Regel bereits am Tag der Antragstellung erteilt, kann es schnell in die Umsetzungsphase gehen. Zu einem behaglichen und lebenswerten Zuhause gehört auch, es Einbrechern möglichst schwer zu machen. Für den Schutz vor Einbrüchen hat die CDU-geführte Bundesregierung deshalb ebenfalls ein KfW-Förderprogramm aufgelegt. Das Einbruchschutz-Programm wird sehr stark nachgefragt und wurde deshalb in seinem Volumen stark erhöht. In diesem Jahr stehen 65 Millionen Euro bereit, um beispielsweise Alarmanlagen zu installieren, das Haus



Der Autor: Kai Wegner ist Vorsitzender der Arbeitsgruppe Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und damit auch deren baupolitischer Sprecher. Seit Dezember 2017 ist er auch stellvertretender Landesvorsitzender der Berliner CDU.

rundherum zu beleuchten oder stärkere Türen und abschließbare Fenstergriffe einzubauen. Die Zuschüsse zum altersgerechten Umbau können mit dem KfW-Programm für den Einbruchschutz kombiniert werden. Wenn die Bewohner parallel die Sicherheit erhöhen und Barrieren reduzieren, sparen sie Zeit und Geld, weil sie die Immobilie nur einmal anfassen müssen. Wer sein Haus oder seine Wohnung altersgerecht umbaut oder den Einbruchschutz erhöht, steigert den Wohnkomfort und die Lebensqualität. Die CDU/CSU-Fraktion wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, die Bürgen bei den notwendigen Investitionen finanziell zu unterstützen. Wir möchten, dass die Menschen möglichst lange dort wohnen können, wo sie sich am wohlsten fühlen: in ihrem vertrauten Zuhause.

Altersgerechte Wohnungen fehlen

Die Senioren-Union kritisiert den erheblichen Mangel an altersgerechten Wohnungen. „Nur rund drei Prozent der 41 Millionen Wohnungen in Deutschland haben einen altersgerechten Standard“, sagte der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Prof. Dr. Otto Wulff, kürzlich in Berlin. Aus Sicht der Senioren-Union fehlen vor allem bezahlbare barrierefreie Wohnungen in zentraler Lage mit guter Infrastruktur, Nahversorgung mit Ärzten, Gesundheitsdiensten, Bussen und Bahnen. Ein Problem in Großstädten sei auch die Umwandlung älterer Mietwohnungen in teure Eigentumswohnungen, sagte Wulff. „Viele Senioren haben keine Sicherheit mehr, dass sie in ihrer langjährig genutzten Wohnung alt werden können.“

17. Bundesdelegiertenversammlung

AUF NACH MAGDEBURG!

Am 22./23. November 2018 findet im Maritim-Hotel Magdeburg die 17. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union statt. Erneut wird die zweitägige Veranstaltung hochkarätige Gäste, Funktionsträger und Delegierte der Senioren-Union zum politischen Meinungsaustausch zusammenbringen. Im Rahmen der Veranstaltung finden auch Neuwahlen zum Bundesvorstand statt. Kandidatenmeldungen sollen bis zum 2. November 2018 an die Bundesgeschäftsstelle erfolgen, sind aber auch noch vor Ort möglich. Zur Wiederwahl als Bundesvorsitzender hat der Landesvorstand NRW Prof. Dr. Otto Wulff vorgeschlagen, der die Kandidatur angenommen hat. Schlusstermin für Anträge an die Bundesdelegiertenversammlung ist der 19. Oktober.

Weitere Infos auf der Homepage der Senioren-Union: www.senioren-union.de

Grundsatzprogramm

LEITANTRAG AUF DER BDV IN MAGDEBURG

„Seniorinnen und Senioren sind der gesellschaftliche Anker Deutschlands. Ihr Alter ist wertzuschätzen, ihre Erfahrungen sind zu nutzen und ihr Wissen weiterzugeben. Es ist unser Anliegen, ein realitätsnahes und positives Bild des Alters und Alterns zu vermitteln und kontinuierlich weiterzuentwickeln.“ So nachzulesen am Anfang des neuen Grundsatzprogramms der Senioren-Union, das der 17. Bundesdelegiertenversammlung (BDV) am 22./23. November in Magdeburg (siehe oben) als Leitantrag zur Beschlussfassung vorliegen wird. Vor fast zwei Jahren beschlossen die Delegierten der 16. BDV, ein Grundsatzprogramm auf die Beine zu stellen, das seniorenpolitische Schwerpunkte weiterentwickelt, neue Themenfelder aufgreift und zukünftige politische Gestaltungsmöglichkeiten umschreibt. Seitdem wurde auf allen Ebenen und in sämtlichen Gremien beraten und diskutiert. Das Ergebnis sind Grundsätze, die aus kurzen, teils abstrahierten Formulierungen bestehen. Auf deren Basis sollen dann tagespolitische detailliertere Positionen zu einzelnen Themen und Sachfragen erarbeitet werden.

Hinweis: Der Leitantrag, die weiteren Anträge des Bundesvorstandes (z.B. zum Ausbau der Telemedizin oder zur Änderung der Mitgliedschaftsbestimmungen) sowie Satzungsänderungsanträge stehen zwei Monate vor der 17. BDV auf der Homepage der Senioren-Union zur Verfügung.

Zwischenruf

TALKSHOWS: VIEL KLAMAUK, WENIG SUBSTANZ

Es wird gebrüllt, beleidigt, geschimpft und unentwegt ins Wort gegriffen – politische Talkshows im deutschen Fernsehen bieten viel Klamauk, aber meist wenig Substanz und Relevanz. Hauptsache laut, Hauptsache Schlagzeilen. Moderatoren von Sandra Maischberger über im verbalen Ringen mit geübten Schwadronneuren und geschulten Dauerwahlkämpfern oft überfordert, politische Wirrköpfe sorgen in quotenträchtigen Haudrauf-Sendungen vor Millionenpublikum am späten Abend für den gewünschten Adrenalinkick. Skandalisierung, Polarisierung: Aber wo bleibt eigentlich der Informationsgehalt bei diesen Stammtisch-Debatten?

Gerade erst hat das Bundesverfassungsgericht die öffentlich-rechtlichen Sender gemahnt, mit den zwangsweise erhobenen Gebühren ihren Informationsauftrag zu erfüllen. Diese sollten „authentisch und sorgfältig recherchierte“ Informationen bieten, Fakten und Meinungen auseinanderhalten, die Wirklichkeit nicht verzerrt darstellen und „das Sensationelle nicht in den Vordergrund stellen“. Da müsste mancher TV-Macher eigentlich vor Scham puterrot werden. Schließlich zeichnen sich die billigst produzierten Plauderrunden nicht selten dadurch aus, dass sie oberflächlich, plakativ und erkennbar inszeniert daherkommen.

Immer wieder dieselben Gäste wie das redselige ehemalige CDU-Kampffross Norbert Blüm wechseln sich mit der nicht selten überdrehten SPD-Chefin Andrea Nahles oder dem provokanten FDP-Guru Wolfgang Kubicki ab. Kaum Überraschendes, viel Stehsatz, noch mehr Wahlkampf. Und taucht einmal ein anderes Gesicht auf, dann buhlt der Gast um die Steigerung der eigenen Popularität, vertritt Verbandsinteressen oder stellt auf dem Bazar

der Öffentlich-Rechtlichen kostenlos und werbewirksam ein neues Buch oder den neuesten Film vor. Selten geht es um Wahrheit und Erkenntnis, häufig um Rechthaberei und den Wunsch, „Punkte zu machen“, statt zuzuhören. In der Antike war das Forum der Marktplatz für neue Ideen – heute dient dessen Nachfolger, die „Talkshow“, kaum noch als Meinungsbildner: Wer abends um 23 Uhr vor dem Bildschirm den Talkern zuschaut, will sich oft nur die eigene Meinung bestätigen lassen.

Es gibt schlicht zu viele Talkshows im Fernsehen – die Sendezeiten sollten besser mit mehr Dokumentationen, Themenabenden, Hintergründen und Nachrichten gefüllt werden. Nicht nur bei Flüchtlings- und Asylthemen sind öffentlich-rechtliche Talkshows Teil der zunehmend hysterischen politischen Debatte geworden. Dabei erfüllen sie häufig die Sehnsucht nach Vereinfachung und tragen dazu bei, dass politische Provokateure die Agenda bestimmen.

Schrei-Sendungen sind bei den Öffentlich-Rechtlichen deplatziert und von den obersten Gerichten ausdrücklich nicht gewünscht. Erregungsexplosionen in Bekenntnissendungen mit politischer Schlagseite sind das Metier der Privatsender – und Feinden der Demokratie darf in Programmen von ARD, ZDF und Deutschlandfunk keine Plattform geboten werden. Statt über Fake News sollten die öffentlich-rechtlichen Programme besser über die Wahrheit berichten. Klar, das ist ein hoher Anspruch, dem die Sender nicht immer gerecht werden können. Versuchen aber sollten sie es. Schließlich hat das Fernsehen auch heute noch eine wichtige Funktion in der Demokratie.

Wilfried Goebels,
Autor und Journalist

Landesdelegiertenversammlung NRW

SENIOREN-UNION UNTER NEUEM VORSITZ



Blick ins Plenum: Der langjährige SU-NRW-Chef Leonhard Kuckart kandidierte nicht mehr.

Die rund 200 Delegierten der Senioren-Union NRW, die sich am 11. Juni 2018 in Düsseldorf auf dem 23. Landesdelegiertentag trafen, haben mit 92,6 % Helge Benda überzeugend zum neuen Vorsitzenden gewählt. Leonhard Kuckart kandidierte nach 16 Jahren nicht mehr.

Dreiländertreff/Diskussionsrunde

ZUKUNFTSAUSSICHTEN DES LÄNDLICHEN RAUMS



Dass die Zukunft des ländlichen Raums in Schleswig-Holstein ein viel und gern diskutiertes Thema ist, zeigt die hochkarätige Zusammensetzung einer Veranstaltung, zu der die Senioren-Union nach Nortorf eingeladen hatte. Es kamen zahlreiche exponierte Vertreter, die zum Teil schon seit vielen Jahren in der Entwicklung des ländlichen Raums Akzente setzen und durchaus positiv die Zukunft auf dem Land in Schleswig-Holstein beurteilen. Landesvorsitzender Wolfgang Börnsen begrüßte auch die Vorsitzenden der Landesverbände Hamburg, Dr. Hiltrud Gundelach, und Mecklenburg-Vorpommern, Helga Karp, die von weiteren Mitgliedern ihrer Landesverbände begleitet wurden, zu diesem „Dreiländertrip“. In der von Börnsen geleite-

ten Diskussion wurde die Zukunft kleiner Orte immer wieder in positiver Weise eingeschätzt und nahezu alle Facetten, die das Leben auf dem Land ausmachen und beeinflussen, unter die Lupe genommen. So betonte etwa Hermann Josef Thoben, der als „Vater der Markttreffs“ in Schleswig-Holstein bezeichnet werden darf, dass er sich als Vertreter des ländlichen Raums keineswegs als Verlierer fühle. Es müsse eine gute Perspektive für Kinder und Enkelkinder entwickelt werden. Die Zuwendungen für den ländlichen Raum seien seit 1991 enorm gestiegen. „Es geht uns gut, wir sind in keiner Opferrolle“, sagte er vor etwa 100 Zuhörern. Thoben, Vorsitzender der Akademie für ländliche Räume, war bis zu seinem Ruhestand im Landwirtschaftsministerium für die ländlichen Räume zuständig.

Jürgen Feddersen, Landtagsmitglied, Politurgestein und Bürgermeister von Pellworm, berichtete, von der Vereinsstruktur her sei die Welt in Ordnung. Die größte Herausforderung aber sei die medizinische Versorgung.



Der neue Vorsitzende des größten Landesverbandes der Senioren-Union, Helge Benda.

für dieses Amt. Bendas Stellvertreter sind Astrid Birkhahn, Peter Fröhlingdorf, Dr. Wolfgang Gärtner, Reinhard Maly und Christa Thoben. Eberhard Bauerdick ist der neue Schatzmeister, Elke Rühl weiterhin Schriftführerin und Stefan Hegering ist nun Mitgliederbeauftragter. Zu Beisitzern wurden Lothar Binger, Heide Brebeck, Johannes-Theodor Derix, Wolfgang Gunia, Manfred Heinemann, Hildegard Kuhlmann, Wilma Ohly, Wolfgang Potthast und Christa Waschkowitz-Biggeleben gewählt. Prominenter Gastredner auf der Veranstaltung war kein Geringerer als NRW-Ministerpräsident Armin Laschet.

SENIOREN-UNION TRAUERT UM VERSTORBENE BUNDES- VORSTANDSMITGLIEDER

Stefanie Breme-von Hobe (* 12. März 1925, † 09. Juli 2018), langjähriges Bundesvorstandsmitglied und Beauftragte des Bundesvorstands bei der BAGSO, ehemalige Landesvorsitzende der Senioren-Union Hamburg.

Gerhard Richter (* 25. Dezember 1928, † 29. Juni 2018), langjähriges Bundesvorstandsmitglied und ehemaliger Landesvorsitzende bzw. Ehrenvorsitzende der Senioren-Union Thüringen. Sein verdienstvolles Wirken wurde mit der Konrad-Adenauer-Medaille gewürdigt.

Emil Fischer (* 14. November 1923, † 12. Juli 2018), langjähriges Bundesvorstandsmitglied und ehemaliger Landesvorsitzender der Senioren-Union Sachsen-Anhalt, bis 2002 auch Mitglied des Exekutivkomitees der Europäischen Senioren-Union (ESU). Emil Fischer war u.a. auch Träger des Bundesverdienstkreuzes.

Die Senioren-Union der CDU Deutschlands wird ihr Andenken in Anerkennung und Dankbarkeit bewahren.

Niedersachsen

RAINER HAJEK MIT GROSSER MEHRHEIT

Bei der Landesdelegiertenversammlung der Senioren-Union Niedersachsen ist Rainer Hajek mit 93,5 Prozent als Landesvorsitzender wiedergewählt worden. Seit 2010 hat der 73-Jährige aus Grabstede dieses Amt nun inne. Die Landesdelegiertenversammlung fand in der Akademie des Sports im Landessportbund Niedersachsen in Hannover statt. Hauptredner war der Landesvorsitzende der CDU in Niedersachsen, Dr. Bernd Althusmann, zugleich stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung.



Als Stellvertreter von Hajek wurden gewählt: Heidi Exner, Uwe Anders, Hubert Greten und Jürgen Schart. Als Landesschatzmeister wurde Walter Klemme bestätigt, neu gewählter Landesschriftführer ist Günter Reise. Als Beisitzer fungieren künftig Klaus Beator, Günter-Georg Braun, Hans-Ludwig Demann, Erika Koegel, Erika Schmelzle, Johannes Ripperda, Hildegard Schröder-Hohensee und Hans Versteegen. Damit sind erstmalig alle Regionen in Niedersachsen im Vorstand vertreten.

Rentenkommission

IM DIALOG

Die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission Verlässlicher Generationenvertrag führt zurzeit einen Generationendialog mit verschiedenen Verbänden. Auch Vertreter der Senioren-Union wurden dazu eingeladen und haben am 5. September in Berlin die Positionen der Senioren-Union in die Diskussion eingebracht.

Sie haben das Wort ...

Ihre Meinung zu den Artikeln in Souverän interessiert uns. Bitte schreiben Sie uns: **Senioren-Union der CDU Deutschlands, Leserbriefe, Konrad-Adenauer-Haus, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin.** Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinngemäß zu kürzen.

Rentenpolitik der Zukunft und Länder im Rentencheck

Zur Souverän 2-2018, S. 12 ff.

Es lobt sich die Koalition, das Rentenniveau auf 48% stabilisieren zu wollen. All die Anstrengungen würden um ein Vielfaches leichter werden, wenn die gesetzliche Rentenkasse nicht permanent durch Ausgaben geplündert würde, die gerechterweise aus Steuermitteln zu leisten wären. Derzeit sind 22% der Ausgaben Fremdleistungen; wie auch gerade jetzt wieder die Mütterrente hinzukam. Ich gönne jeder Mutter, dass ihre Lebensleistung gewürdigt wird, aber haben Politiker, Selbstständige und Beamte keine Mütter? Sie beteiligen sich nicht, obwohl es sich um die Finanzierung von Aufgaben der Allgemeinheit handelt. Das in „Souverän“ gezeigte Diagramm zur Einkommensverteilung der Bevölkerung spricht Bände. Das Bundesverfassungsgericht hat aber in verschiedenen Urteilen seit 1981 deutlich gemacht, dass für die gesetzliche Rentenversicherung im Vergleich zu anderen Altersvorsorgesystemen (Beamtenversorgung, berufsständische Versorgung) der Gleichheitsgrundsatz (Artikel 3) des Grundgesetzes nicht gilt. Es ist erschreckend, mit welchem Selbstverständnis und mit welcher Selbstverständlichkeit unsere staatlichen Eliten ein Zwei-Klassenrecht bei der Altersversorgung verinnerlicht haben und auch durchsetzen, das es so in keinem demokratischen Rechtsstaat Europas gibt. Die Ausgleichszahlungen des Bundes an die Rentenkasse sind aber regelmäßig

zu gering, sodass die Last bei Arbeitern und Angestellten liegen bleibt. Folge: Die Rente sinkt auf ein beschämendes Niveau von 48%. Hier liegt ein großes Aufgabengebiet gerade auch für die Senioren-Union.

Quelle Fremdleistungen der Rentenkasse: <https://www.adg-ev.de/index.php/publikationen/publikationen-altersvorsorge/1387-versicherungsfremde-leistungen-2015?showall=&start=1>
Herbert Heins, 21279 Hollenstedt

Als Mitglied der Senioren-Union habe ich immer mit großem Interesse die Beiträge und Meinungen in Souverän gelesen. Die Ausgabe Nr. 2 vom 2. Juni 2018 war besonders interessant, weil das Problem der Altersversorgung zur Sprache kam. Da wurde zum Teil mit großen Worten über den Wert der Lebensleistung und über den Grundsatz „Leistung muss sich lohnen“ gesprochen. Die Realität sieht aber vielfach anders aus. Als junger Mensch glaubte und verfolgte ich konsequent diesen Grundsatz bis zur Erreichung des 65. Lebensjahres. Am Ende meines Arbeitslebens erreichte ich 45,8 Dienstjahre u.zw.: 18 Jahre im Verwaltungsdienst und 27,8 Jahre im Schuldienst. Da ich im März geboren bin, erhielt ich im April den Bescheid des Landesamtes, dass ich wohl „zu viel“ gearbeitet hätte und nunmehr die errechnete Pension um monatlich ca. 250,- € gekürzt würde. Zurzeit beträgt der Kürzungsbetrag 268,- €. Dieser Fall zeigt exemplarisch einmal mehr, wie der Staat im Ergebnis kostenlos Leistungen seiner Beschäftigten entgegennimmt, ohne diese später zu honorieren. Es wäre sehr lobenswert, wenn die Führungspersonlichkeiten unserer Senioren-Union ihren Einfluss gegen die Verabschiedung derartiger Gesetze geltend machen würden. Der Hinweis darauf, dass es sich um ein Urteil des Verfassungsgerichts handelt, kann nicht gelten, weil das BVG von sich aus nicht tätig wird.

Hubert Schelden, per E-Mail

Schulte Haus-Rollator

- ✓ sehr schmal - passt durch jede Tür
- ✓ nützlich - Tisch decken leicht gemacht
- ✓ persönlich - verschiedene Farbtöne

Jetzt Prospekt anfordern!

☎ **0800 200 6004**
gebührenfrei anrufen

🌐 www.haus-rollator.de

Made in Germany

Schulte Holzprodukte GmbH | Langenberger Straße 96 | 33397 Rietberg | NRW

„GROSSE HERAUSFORDERUNGEN AN EU-RATSVORSITZ“



Sommerakademie-Teilnehmer aus Deutschland (Senioren-Union der CDU und der CSU): Claus Bernhold, Peter Grab, Manfred Hopfengärtner, Elke Gacrzyk, Ulrich Winz, Hermine Roth, Gisela Machate, Hiltrud Behrend, Dr. Bernhard Worms, Rolf Behrend, Dr. Gabriele Peus-Bispinck, Erika Reinhardt, Ursula Kuri, Elsbeth Grab und Hans Machatei (v.l.n.r.). Nicht im Bild: Barbara Fischer.

Wien. Österreich hat in der zweiten Jahreshälfte den EU-Ratsvorsitz inne. Ingrid Korosec, die Präsidentin des Österreichischen Seniorenbundes (ÖSB), sprach in diesem Zusammenhang von „großen Herausforderungen“, zumal „der Zusammenhalt der EU auf dem Prüfstand“ stehe.

Vor der ESU-Sommerakademie, die unter ihrer Schirmherrschaft stattfand, äußerte sie die Erwartung, dass die ESU 2019 das zehnjährige Bestehen dieser Akademie erneut auf dem

Gelände der Politischen Akademie abhalten werde. Im Newsletter des Seniorenbundes hatte sie sich kurz zuvor über die Europawahlen 2019 geäußert. Dabei betonte sie: „Wenn es der EU gelingt, Entschlossenheit und Tatkraft bei der Lösung der anstehenden Probleme zu zeigen, nicht zu streiten, nicht zu zaudern, sondern gemeinsame Entscheidungen zu treffen, dann werden sich auch die Bürgerinnen und Bürger mit einem entsprechend deutlichen Votum einstellen.“

ZUWACHS FÜR DIE ESU-FAMILIE

Budapest/Wien. Auf seiner Reise zur 9. Sommerakademie für Führungskräfte Anfang Juli



Die ESU-Präsidentin nimmt die Beitrittserklärung erfreut entgegen.

hatte der Ungar Istvan Ivanics den Aufnahmeantrag für die ESU im Gepäck. Seine Organisation mit Namen „Kovacz K. Zoltan Senioren-Vereinigung“ besteht seit 2014 und gehört zur Christdemokratischen Volkspartei (KDNP), die Mitglied der Europäischen Volkspartei ist. Über das Beitrittsersuchen wird das Präsidium entscheiden, sagte Prof. An Hermans bei der Übergabe der Erklärung. Darin heißt es, die Vereinigung teile „das Wertefundament der EVP und ESU und möchte sich in vollem Umfang in die Aktivitäten der ESU einbringen“. Bislang haben sich etwa 100 ältere Personen der Organisation angeschlossen, sagte Ivanics dem Redakteur im Gespräch.

SIMONE VEILS VERMÄCHTNIS MAHNT!

Wien/Paris. Ein Jahr nach ihrem Tod im Juni 2017 wurde die französische Politikerin Simone Veil im Pariser Panthéon feierlich beigesetzt. Präsident Macron würdigte aus diesem Anlass ihren Einsatz für Versöhnung und Menschenrechte. Die ESU-Präsidentin An Hermans erinnerte in Wien an Simones Erfahrungen in Auschwitz-Birkenau, wo sie Eltern und Bruder verlor. Was sie dort erlebte, hat sie zu einer glühenden Verfechterin der europäischen Integration gemacht. Folgerichtig wurde sie 1979 an die Spitze des soeben gegründeten Europaparlaments gewählt. An Hermans forderte alle mit der ESU verbundenen Persönlichkeiten und Organisationen auf, sich der Bedeutung des vereinten Europas auch im Gedenken an deren Vorkämpferin Simone Veil, die fast 90 Jahre alt wurde, stets bewusst zu sein und für ihren Erhalt einzutreten.

ESU: IN HELSINKI AKTIV

Brüssel/Helsinki. Die ESU wird sich am Kongress der Europäischen Volkspartei (EVP/EPP) in Helsinki Anfang November aktiv beteiligen. Die Delegation aus Stimmberechtigten und Gästen beabsichtigt, in Verbindung mit dem Mitgliedsverband „Kansallinen senioriliitto ry Finnland“ – Präsidentin: Leena Jääskeläinen – ein Rundtischgespräch zum Thema „Senioren und digitale Medien“ auszurichten. Mit weiteren Vereinigungen der EVP wird es ein Gespräch über einen „Neuen Gesellschaftsvertrag für Europa“ geben. Für den Abend des 7. November ist eine Sitzung des ESU-Präsidiums vorgesehen. Dem Kongress kommt diesmal eine besondere Bedeutung zu, da er mit der Wahl eines Spitzenkandidaten (Präsident der EU-Kommission) für die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 verbunden ist.

Verantw. für diese Kolumne: Ulrich Winz DVPJ

ERBRECHTLICHE REGELUNGEN ZUM Pflichtteil

Im Rahmen des Pflichtteilsrechts gibt es zu Lebzeiten verschiedenartige Gestaltungsmöglichkeiten, die einen späteren Pflichtteilsanspruch ausschließen oder wirtschaftlich begrenzen. Sie sollten rechtzeitig erwogen werden.

Das deutsche Erbrecht statuiert im Gegensatz zu dem Erbrecht vieler anderer Staaten ein sogenanntes Pflichtteilsrecht. Der Pflichtteil besteht in der Hälfte des gesetzlichen Erbteils. Danach ist gesetzlich angeordnet, dass ein Abkömmling des Erblassers, dessen Eltern oder dessen Ehegatte auch dann einen Pflichtteil aus dem Erbe verlangen können, wenn der Erblasser diese Person durch Testament ausdrücklich von der Erbfolge ausgeschlossen hat.

Derartige pflichtteilsberechtigten sind grundsätzlich nur die Kinder, der Ehegatte und die Eltern des Erblassers. Entferntere Abkömmlinge und die Eltern des Erblassers sind vom Pflichtteilsrecht ausgeschlossen, wenn ein Abkömmling vorhanden ist, der entferntere Verwandte im Falle der gesetzlichen Erbfolge ausschließen würde. Hinterlässt der Erblasser also zum Beispiel ein erbberechtigtes Kind, sind dessen Kinder (Enkel des Erblassers) oder die Eltern des Erblassers von der Geltendmachung eines Pflichtteils ausgeschlossen.

In der Praxis stellen sich vielfach Fragen, wie ein solcher Pflichtteilsanspruch ausgeschlossen oder begrenzt werden kann. Da insbesondere der Pflichtteilsanspruch der Kinder Verfassungsrang genießt und der Anspruch gesetzlich geregelt ist, kann er per Testament nicht ausgeschlossen werden. Gleichwohl sind zu Lebzeiten Maßnahmen in Bezug auf einen künftigen Pflichtteilsanspruch möglich.

Eine Möglichkeit, den späteren Pflichtteilsanspruch zu Lebzeiten auszuschließen, besteht darin, dass das Kind einen Pflichtteilsverzicht erklärt. Eine solche Pflichtteilsverzichtserklärung ist nach dem Gesetz nur wirksam, wenn sie formgültig abgeschlossen wurde. Das Gesetz schreibt dazu vor, dass ein Pflichtteilsverzicht als eingeschränkte Form des Erbverzichts nur durch notarielle Beurkundung rechtswirksam

erklärt werden kann. Ein solcher notarieller Pflichtteilsverzicht ist gesetzlich ohne Abfindung vorgesehen. In der Praxis wird allerdings häufig eine Abfindung für den Pflichtteilsverzicht gewährt. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn ein Kind ohne Abfindung nicht bereit ist, eine Pflichtteilsverzichtserklärung abzugeben. Wird die Verzichtserklärung auf den Pflichtteil beschränkt und kein vollständiger Erbverzicht erklärt, bleibt das verzichtende Kind erbberechtig, kann also mit Wirkung durch Testament als Erbe bedacht werden. Auch führt der reine Pflichtteilsverzicht nicht zu einer Erhöhung der Pflichtteilsquoten weiterer vorhandener Pflichtteilsberechtigter. Erklärt also zum Beispiel nur eines von mehreren Kindern einen Pflichtteilsverzicht, verändert dies nicht die Pflichtteilsquoten der übrigen Kinder.

Ist es nicht möglich, einen solchen lebzeitigen Pflichtteilsverzicht zu vereinbaren, wird bei Eheleuten oder eingetragenen Lebenspartnern häufig die Gestaltung mittels einer sogenannten Pflichtteilsstrafklausel gewählt. In einem gemeinschaftlichen Testament, das nur für Eheleute und eingetragene Lebenspartner zur Verfügung steht, erfolgt dies dergestalt, dass sich die Ehe- oder Lebenspartner gegenseitig zu Erben einsetzen und die gemeinsamen Kinder als Erben nach dem Letztversterbenden einsetzen. Verbunden wird dies mit der Anordnung, dass dasjenige der Kinder, das nach dem Tod des Erstversterbenden den Pflichtteil verlangt, auch nach dem Tod des Letztversterbenden nur den Pflichtteil erhält. Durch diese sogenannte Pflichtteilsstrafklausel soll verhindert werden, dass ein Kind nach dem Tod des ersten der Ehe- oder eingetragenen Lebenspartner den Pflichtteil geltend macht.

Eine weitere Gestaltungsmöglichkeit insbesondere bei großen Vermögen besteht darin,

durch lebzeitige Übertragungen einen späteren Pflichtteil wirtschaftlich zu vermindern. Denn lebzeitige Schenkungen innerhalb des erbschaftssteuerlichen Freibetrages – bei Ehegatten derzeit € 500.000 und bei Kindern derzeit € 400.000 und Enkeln derzeit € 200.000 – werden, wenn zwischen dem Vollzug der Schenkung und dem Erbfall zehn Jahre verstrichen sind, bei der Berechnung des Pflichtteils nicht mehr ergänzend berücksichtigt.

Bei Ehegatten und eingetragenen Lebenspartnern, die im gesetzlichen Güterstand der Zugewinnsgemeinschaft leben, kann außerdem ein späterer Pflichtteilsanspruch dadurch verringert werden, dass durch lebzeitigen Wechsel des Güterstandes ein Zugewinnausgleich erfolgt. Ein solcher Zugewinnausgleich durch Barausgleich oder z.B. Immobilienübertragung stellt zivilrechtlich und erbschaftssteuerlich keine Schenkung dar, sondern die Erfüllung einer gesetzlichen Pflicht. Dementsprechend erfolgt ein solcher lebzeitiger Zugewinnausgleich auch außerhalb der steuerlichen Schenkungsfreibeträge. Ein derartiger Güterstandswechsel, der die konkrete Berechnung des ehelichen Zugewinns voraussetzt, erfolgt durch notarielle Beurkundung, indem vom Güterstand der Zugewinnsgemeinschaft in den Güterstand der Gütertrennung unter Ausgleich des während der Ehe entstandenen Zugewinns und anschließend wieder zurück zum gesetzlichen Güterstand der Zugewinnsgemeinschaft gewechselt wird. 

Die Autorin: Rechtsanwältin **Susanne R. Wellmann LL.M.**, Bad Honnef, ist spezialisiert auf Erbschafts- und Erbschaftssteuerrecht.

BUCHTIPP

CHRISTEN IN GROSSER BEDRÄNGNIS

Die Meldungen über den so genannten „Islamischen Staat“ sind weniger geworden. Tatsächlich konnten zum Beispiel im Irak die ersten vertriebenen Christen in ihre Heimatorte in der Ninive-Ebene zurückkehren. Doch die Gefahr ist noch nicht gebannt. Auch in Ägypten ist der IS vermehrt aktiv. In Nigeria sterben Woche für Woche Menschen bei islamistischen Anschlägen. Entwarnung gibt es deshalb nicht. Das gilt nicht nur für den islamistischen Terror. In China beispielsweise zieht die kommunistische Regierung die Daumenschrauben immer weiter an. Weltweit leiden Christen und andere religiöse Gemeinschaften weiterhin unter Intoleranz, Fanatismus und Gewalt. Die fünfte Neuauflage der Dokumentation „Christen in großer Bedrängnis“ der Päpstlichen Stiftung „2 Kirche in Not“ schildert daher das Schicksal der Christen in 15 Brennpunktländern. Die Dokumentation „Christen in großer Bedrängnis – Dokumentation 2018“ kann bestellt werden bei: KIRCHE IN NOT, Lorenzonstr. 62, 81545 München, Telefon: 089 / 64 24 888 – 0, E-Mail: kontakt@kirche-in-not.de



Quelle: Kirche in Not

„kleinen Herde“, die der Gesellschaft wieder neue Hoffnung geben kann. Werner Münch: Freiheit ohne Gott. Media Maria Verlag, geb., 176 Seiten, 16,95 Euro (D), 17,40 Euro (A), ISBN 978-3-9454013-8-5

DIE ANGELN-SAGA

Ein Bestseller, nicht nur in Schleswig-Holstein! Der stellv. Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Wolfgang Börnsen, ist nicht nur ein erfahrener Politiker, der fast 30 Jahre dem Deutschen Bundestag angehörte, sondern auch ein an Kultur interessierter Schleswig-Holsteiner, der schon zahlreiche Bücher über Politik und die Geschichte des Landes veröffentlicht hat. Sein neuestes Werk, „Die Angeln-Saga“ mit dem Untertitel „Bedrohte Heimat“, erzählt die Geschichte von der einzigartigen Landnahme der Angeln in Britannien. Der historische Roman schildert Umstände aus der Zeit, als die Mehrheit der Angeln aufbrach und die Heimat über einen äußerst gefährlichen Seeweg verließ, um in einem unbekanntem Land eine neue Existenz zu wagen. Die Angeln waren weder kühne Seefahrer, wüste Eroberer noch kampferprobte Krieger, sondern freie Bauern, Händler und Handwerker. Sie waren Flüchtlinge und Landnehmer, keine Besatzer. Die



Angeln gaben England nicht nur seinen Namen, sondern scheinen ebenso zur Befriedung der heillos zerstrittenen Völkerschaften auf der Insel nach Abzug der römischen Besatzungsmacht beigetragen zu haben wie zur Schaffung einer staatlichen Einheit und einer einheitlichen Sprache. Sie haben bei ihrer Landnahme in Britannien Kraft, Können und Durchhaltevermögen aufgebracht. Wolfgang Börnsen: Die Angeln-Saga, Bedrohte Heimat – von der Landnahme in Britannien, Husum-Verlag, 2018, 509 Seiten, 24,95 Euro, ISBN 978-3-89876-915-0

SCHLUSS MIT EUREN EWIGEN MOGELPACKUNGEN!

Schleichende Enteignung, die man verharmlosend „Negativzinsen“ nennt. Flüchtlinge werden zu „Schutzsuchenden“, auch wenn sie längst als Kriminelle abgeschoben sein müssten. „Gleiche Schule für alle“, aber die eigenen Politiker-Kinder auf dem Privatgymnasium. Spaßfreie Essensvorschriften werden als „gesunde Ernährung“ geadelt. EU-Verordnungen für Pommes frites, statt endlich der Kriminalität im europäischen Einbrecher-Eldorado den Kampf anzusagen. Mogelpackungen ohne Ende. Unglaublich, was Peter Hahne in diesem Buch alles aufspießt. Kein Wunder, dass man den Wasserpredigern und Weintrinkerinnen am Wahltag die Quittung serviert. Etikettenschwindel hat Konjunktur. Deshalb ist Hahnes Botschaft unmissverständlich: „Wir lassen uns nicht für dumm verkaufen – zurück zu mehr Ehrlichkeit und ethischen Werten!“ Peter Hahne, Jahrgang 1952, war u.a. seit 1985 Moderator beim ZDF-„heute-journal“ und „heute“ und von 1999 bis 2010 stellvertretender Leiter des ZDF-Hauptstadtstudios. Peter Hahne: Schluss mit euren ewigen Mogelpackungen! Wir lassen uns nicht für dumm verkaufen. Bastei-Lübbe-Verlag, Köln, 2018, 128 Seiten, ISBN 978-3-7857-2621-1, 10,- Euro

FREIHEIT OHNE GOTT

Kirche und Politik in der Verantwortung Was treibt die Menschen heute um? Sie haben Gott weitgehend aus ihrem Leben verdrängt und suchen die totale Freiheit für ihr persönliches Glück. Aber sie staunen, dass das nicht gelingt. Wie sollte es denn auch, wenn die Politik und die Rechtsetzung die Zerstörung der Ehen und Familien, den Gender-Wahnsinn, die „sexuelle Vielfalt“, die Missachtung des Lebensschutzes sowie die Manipulation der Natur des Menschen fördern. Die katholische und evangelische Kirche beschleunigen mit ihrer Anpassung an die Lebenswirklichkeit und den Zeitgeist ihren eigenen

Unsere Gesellschaft in Gefahr

Der ehemalige Ministerpräsident nimmt Stellung zu aktuellen Entwicklungen.

media maria

Postfach 4040 • 89254 Illertissen
www.media-maria.de • buch@media-maria.de
Tel. 07303/952331-0 • Fax 07303/952331-5



ISBN 978-3-9454013-8-5
Gebunden, 176 Seiten, € 16,95



ISBN 978-3-9454018-2-8
Gebunden, 224 Seiten, € 18,95

Mit A-ROSA Weihnachten oder Silvester genießen

Festtagszauber

Extra für Sie:
Bis zu 50,- €
Bordguthaben
p. P. inkl.



AROSA
Schöne Zeit

Weihnachtsshopping per Schiff ist wohl die besinnlichste Art, dem Fest der Feste entgegen zu schauen. Erleben Sie die winterlichen Flusslandschaften entlang von Rhein und Donau mit glitzernden Märkten sowie prächtiger Natur oder lassen Sie sich vom Silvesterfeuerwerk im winterlichen Wien ins neue Jahr begleiten. Wählen Sie zwischen unseren 3 exklusiven Routen!

An Bord der A-ROSA Kreuzfahrtschiffe fühlen Sie sich wie zu Hause – in den großzügigen, modern eingerichteten Kabinen (größtenteils mit franz. Balkon) oder beim Relaxen im Wellnessbereich SPA-ROSA mit Panoramasauna oder -sanarium, beheiztem Außen-Whirlpool oder -pool sowie zahlreichen Massagen und Beautyanwendungen ist nichts leichter als das. Alle Kabinen (ca. 14,5-16 qm) sind komfortabel ausgestattet mit Dusche/WC, Klimaanlage, Fenster, TV, Radio, Safe und Fön. Die Außenkabinen Kat. S verfügen über 2 untere Einzelbetten und ein oberes Zusatzbett (Donau Kat. S mit Doppelbett), die Außenkabinen Kat. A über ein Doppelbett (Donau Kat. A mit Zusatzbett). Die Außenkabinen Kat. C & Kat. D bieten zusätzlich einen französischen Balkon.

Premium alles inklusive an Bord:

Genießen Sie abwechslungsreiche Frühstücks-, Mittags- und Dinnerbuffets, zusätzlich Einschiffungsnack sowie Tee und Kaffeestunde. Hochwertige Getränke sind für Sie ganztags inklusive (Ausnahme Champagner, Flaschenweine und exklusive Raritäten).



Kombinieren Sie Route 2 & 3 und sparen Sie 10%!

ROUTE 1: Rhein Weihnachtsmärkte Süd (X1137BA)

Tag	Hafen	Ankunft	Abfahrt
1	Köln – Individuelle Anreise und Einschiffung.	-	16:00
2	Mannheim	16:00	20:00
3	Straßburg/Kehl	10:30	23:00
4	Mainz	12:00	19:00
5	Köln – Ausschiffung und Individuelle Abreise.	06:00	-

ROUTE 2: Donau Weihnachtszauber (X1133CA)

1	Engelhartzell (AT) / Passau (DE) – Individuelle Anreise und Einschiffung.	-	15:00
2	Melk Wien (Heiligabend)	07:00 20:00	12:00 -
3	Wien (I. Weihnachtstag)	-	-
4	Wien Bratislava	- 08:00	03:00 23:00
5	Flusstag	-	-
6	Engelhartzell (AT) / Passau (DE) – Ausschiffung und individuelle Abreise.	06:00	-

ROUTE 3: Donau Silvesterzauber (X1134CA)

1	Engelhartzell (AT) / Passau (DE) – Individuelle Anreise und Einschiffung.	-	17:00
2	Flusstag	-	-
3	Budapest	08:30	18:00
4-5	Wien über Silvester	18:00	-
6	Wien Dürnstein (Neujahr)	- 13:00	06:00 20:00
7	Linz	09:00	23:00
8	Engelhartzell (AT) / Passau (DE) – Ausschiffung und individuelle Abreise.	07:00	-

Routenänderungen vorbehalten.

- ✓ 3 beliebte Premium-Reisen zur Auswahl
- ✓ Auf den A-ROSA Kreuzfahrtschiffen mit Premium alles inklusive
- ✓ Getränke an Bord inkl.
- ✓ Lange Liegezeiten für ausführliche Entdeckungen

5-tägige Reise

ab **449,-**

Preis in € p. P./2er-Kabine

Inklusivleistungen p. P.

- ✓ Kreuzfahrt gemäß Reiseverlauf
- ✓ 4x (Route 1), 5x (Route 2) bzw. 7x (Route 3) Übernachtung in der gebuchten Kabinenkategorie
- ✓ Hafengebühren und Serviceentgelte
- ✓ Premium alles inklusive an Bord wie beschrieben
- ✓ 20,- € (Route 1), 30,- € (Route 2) bzw. 50,- € (Route 3) Bordguthaben pro Vollzahler
- ✓ 15 % Ermäßigung auf Anwendungen im SPA-ROSA
- ✓ WLAN an Bord
- ✓ Nutzung der meisten Bordeinrichtungen
- ✓ Teilnahme an den Bordveranstaltungen
- ✓ Deutschsprachiger Gästeservice an Bord

Termine 2018 & Preise p. P./2er Kabine in €

Reise- termine / Kabinen- kategorie	Rhein Kat. S Zusatz- bett und Donau Kat. A Zusatzbett		Außen mit frz. Balkon (C)	Außen mit frz. Balkon (D)
	Außen (S)	Außen (A)		

Route 1: Rhein Weihnachtsmärkte, 4 Nächte, X1137BA

A 25.11., 15.12., 19.12.	449,-	559,-	649,-	699,-
B 03.12., 07.12.	499,-	599,-	699,-	749,-

Route 2: Donau Weihnachtszauber, 5 Nächte, X1133CA

A 23.12.	899,-	1.049,-	1.199,-	-
----------	-------	---------	---------	---

Route 3: Donau Silvesterzauber, 7 Nächte, X1134CA

A 28.12.	1.349,-	1.549,-	1.899,-	-
----------	---------	---------	---------	---

Bei der Kombination aus Route 2 & 3 erhalten Sie zusätzlich 10% Rabatt auf den Reisepreis.

Kabinenbezeichnung der Reederei. Es gelten die A-ROSA Premium alles inklusive-Bedingungen (limitiertes Kontingent). Einzelkabine, Bahnan-/abreise sowie Kinderermäßigung auf Anfrage. Ausflüge und Trinkgelder an Bord (optional) nicht im Preis enthalten. Max. Passagierzahl 202 - 242 Personen.

Beratung & Buchung:

0221-222 89 550

Täglich 8-22 Uhr, bitte bei Buchung angeben: Kennziffer 20.871

[www.tourvital.de/
union](http://www.tourvital.de/union)

TOURVITAL
Reisen für die schönste Zeit des Lebens.

Änderungen vorbehalten, maßgeblich sind die Reisebestätigung und die AGB (Einsicht möglich unter: www.tourvital.de; auf Wunsch Zusendung der AGB vor Buchungsabschluss). Anzahlung von 20% auf den Reisepreis, Restzahlung 30 Tage vor Reiseantritt. Reiserücktritt bei Zahlung eines Stornierungsentgelts jederzeit möglich. Reise für Gäste mit eingeschränkter Mobilität nur bedingt geeignet, bitte sprechen Sie uns zu Ihren persönlichen Bedürfnissen an. Reiseveranstalter: TOUR VITAL Touristik GmbH · Kaltenbornweg 6 · D-50679 Köln